

## 3. Sitzung

am Dienstag, dem 27. August 2019

### Inhalt

Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung.....	13	<b>5. Wann kommt der Lückenschluss in der Grönlandstraße?</b> Anfrage der Abgeordneten Frau Hornhues, Frau Neumeyer, Röwe- kamp und Fraktion der CDU vom 18. Juli 2019 .....	19
<b>Fragestunde</b>		<b>6. Bienenhaltestellen für Bremen</b> Anfrage der Abgeordneten Saxe, Frau Dr. Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Juli 2019 .....	20
<b>1. Pseudokameras oder echte Video- überwachung am Vegesacker Bahn- hof?</b> Anfrage der Abgeordneten Lübke, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Juli 2019.....	13	<b>7. Entwicklung der Antragsbearbeitung bei der Elternbeitragsstelle</b> Anfrage der Abgeordneten Frau Berg- mann, Frau Steiner und Fraktion der FDP vom 22. Juli 2019 .....	23
<b>2. Mehr Tonnen braucht die Stadt</b> Anfrage der Abgeordneten Stroh- mann, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Juli 2019.....	14	<b>8. Sachstand „Ankommen im Quartier“ (AiQ)</b> Anfrage der Abgeordneten Frau Grö- nert, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Juli 2019 .....	24
<b>3. Massiver Unterrichtsausfall im Schul- jahr 2019/2020 an der Berufsschule Alwin-Lonke-Straße?</b> Anfrage der Abgeordneten Hupe, Frau Dr. Schaefer und Fraktion Bünd- nis 90/Die Grünen vom 16. Juli 2019.....	16	<b>9. Probleme bei der Auszahlung von Zuwendungen an Träger</b> Anfrage der Abgeordneten Frau Grö- nert, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Juli 2019 .....	27
<b>4. Immer mehr Müll am Sportparksee Grambke</b> Anfrage der Abgeordneten Frau Hornhues, Frau Neumeyer, Röwe- kamp und Fraktion der CDU vom 16. Juli 2019.....	17		

<b>10. Attraktive Traditionsveranstaltung</b> oder Flohmarkt an der Weserpromenade? Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Juli 2019 .....	52	<b>Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2019</b> <b>(Drucksache 20/2 S)</b> .....	35
<b>11. Landesmindestlohn auch in den Bereichen Ambulante Pädagogische Hilfen und Kita-Assistenz der „Lebenshilfe Bremen gemeinnützige Betreuungsgesellschaft mbH“?</b> Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Eschen, Fecker, Frau Dr. Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Juli 2019 .....	52	<b>Die Arbeitsfähigkeit des Ortsamtes Strom für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten!</b> <b>Antrag der Fraktion der CDU vom 26. Juli 2019</b> <b>(Drucksache 20/7 S)</b> Abgeordnete Awerwieser (CDU) .....	35
<b>12. Belastung der Ochtum mit Per-Fluor-Octan-Sulfon-Säure (PFOS)</b> Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Schäck, Frau Steiner und Fraktion der FDP vom 25. Juli 2019 .....	53	Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	36
<b>13. Findorffitunnel durch Kunst und Licht aufwerten</b> Anfrage der Abgeordneten Frau Bredehorst, Dr. Bovenschulte und Fraktion der SPD vom 8. August 2019 .....	54	Abgeordneter Zimmer (DIE LINKE).....	37
<b>Aktuelle Stunde</b> .....	28	Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP) .....	38
<b>Verkehrskonzept Freimarkt überarbeiten</b> <b>Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2019</b> <b>(Drucksache 19/964 S)</b> Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) .....	29	Abgeordnete Bredehorst (SPD).....	39
Abgeordneter Strohmann (CDU) .....	30	Senator Strehl.....	39
Abgeordneter Schäck (FDP).....	30	Abstimmung .....	41
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE) .....	31	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 107</b> <b>(in Teilen zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan)</b> zur Errichtung von 39 Einfamilienhäusern für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen - Am Rauchs Gut, - Auf dem Hohen Ufer und - östlich Finkenschlag <b>Mitteilung des Senats vom 20 August 2019</b> <b>(Drucksache 20/16 S)</b> .....	41
Abgeordnete Schiemann (SPD) .....	32	<b>Bebauungsplan 1569</b> für ein Gebiet in Bremen – Vegesack zwischen - Verbrauchermarkt an der Meinert-Löffler-Straße, - Meinert-Löffler-Straße - Gleisanlagen der Farge-Vegesacker Eisenbahn und - dem Teich an der Friedrich-Schröder-Straße <b>Mitteilung des Senats vom 20. August 2019</b> <b>(Drucksache 20/17 S)</b> .....	41
Bürgermeisterin Dr. Schaefer.....	33	<b>Umsatzkiller und Stressfaktor Baustellen</b> – Baustellenleitfaden und Maßnahmenkatalog für ein effizientes und erfolgreiches Baustellenmanagement <b>Antrag der Fraktion der FDP</b> vom 21. August 2019 <b>(Drucksache 20/19 S)</b> Abgeordneter Schäck (FDP) .....	41
<b>167. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für die Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2515 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits)</b>		Abgeordneter Magnitz (AfD) .....	42

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) .....	43	<b>Einsetzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der stadtbremischen Häfen</b>	
Abgeordnete Schiemann (SPD) .....	45	<b>Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 26. August 2019 (Drucksache 20/20 S) .....</b>	<b>51</b>
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE) .....	46		
Abgeordneter Strohmann (CDU).....	47		
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) .....	48	<b>Anhang zum Plenarprotokoll</b>	
Bürgermeisterin Dr. Schaefer .....	48	Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 27. August 2019.....	52
Abgeordneter Schäck (FDP) .....	50		
Abstimmung.....	51		

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bodeit, Rupp, Stahmann.

**Präsident Imhoff****Vizepräsidentin Dogan**  
**Vizepräsidentin Grotheer****Schriftführerin Ahrens**  
**Schriftführer Mustafa Öztürk**  
**Schriftführer Tuncel**

---

Bürgermeisterin **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen), Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,  
Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Kinder und Bildung **Dr. Bogedan** (SPD)

Senator für Finanzen **Strehl** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa **Vogt** (DIE LINKE)

---

Staatsrat **Bull** (Senator für Inneres)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Meyer** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrätin **Moning** (Senatorin für Kinder und Bildung)

Staatsrat **Tschöpe** (Senator für Justiz und Verfassung)

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

**Präsident Imhoff:** Die dritte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Da wir hier heute im Rathaus mit sehr warmen Temperaturen zu kämpfen haben, kann sich jeder, der eine Erfrischung braucht, hier vorn beim Präsidium einen kleinen Ventilator abholen, wenn er es nicht mehr aushalten kann. Das nur zur Information!

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien. Als Besucher begrüße ich recht herzlich Mitglieder der Senioreninternetgruppe „Feierabend.de“/Regionalgruppe Bremen.

(Beifall)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13:00 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 10 mit der Drucksachen-Nummer [20/20 S.](#)

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der Senatswahl haben sich einige Änderungen ergeben: In die Stadtbürgerschaft eingetreten sind nach Artikel 108 der Landesverfassung die Abgeordneten Dr. Eva Quante-Brandt und Dr. Carsten Sieling.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am 15. August 2019 ihren neuen Fraktionsvorstand gewählt. Fraktionsvorsitzender ist der Abgeordnete

Björn Fecker, stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind die Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp und Dr. Henrike Müller.

Weiterhin möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktion DIE LINKE am 19. August 2019 die Abgeordnete Sophia Leonidakis zur Fraktionsvorsitzenden und den Abgeordneten Nelson Janßen zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt hat, intern hat die Fraktion auch noch andere Aufgabenverteilungen ausgesprochen.

Außerdem gebe ich Ihnen zur Kenntnis, dass die Fraktion der SPD den Abgeordneten Mustafa Güngör am 19. August 2019 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt hat.

Herzlichen Glückwunsch Ihnen allen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage Nummer 13 wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Pseudokameras oder echte Videoüberwachung am Vegesacker Bahnhof**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Lübke, Frau Neumeier, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Herr Abgeordneter Lübke, Sie haben das Wort!

**Abgeordneter Lübke (CDU):** Wir fragen den Senat:

Wann werden die Kameras der Polizei Bremen am Vegesacker Bahnhof voraussichtlich in Betrieb genommen?

Welche rechtlichen und tatsächlichen Hindernisse gibt es, die dazu führen, dass es dort bisher keine Videoaufzeichnung gibt?

Wie hoch waren die Anschaffungskosten für die Videoanlage?

**Präsident Imhoff:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Bull.

**Staatsrat Bull:** Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Videoüberwachung am Vegesacker Bahnhof wurde am 26. August 2019 in Betrieb genommen.

Zu Frage zwei: Die rechtlichen und technischen Anforderungen sind erfüllt. Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat die Anlage am 21. August 2019 abgenommen.

Zu Frage drei: Die Kosten für die Videosystemkomponenten, die Ertüchtigungsarbeiten in Vegesack und die Installation der Komponenten belaufen sich auf rund 500 000 Euro. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege Lübke, haben sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Lübke (CDU):** Können Sie mir sagen, warum es jetzt so lange gedauert hat, bis die Videoanlage in Betrieb genommen wurde? Kann es etwas damit zu tun haben, dass es jetzt doch so schnell ging, weil wir diese Anfrage gestellt haben?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Bull:** Herr Lübke, die Antwort ist nein! Die Verzögerungen haben, glaube ich, zwei Gründe: Der eine ist, dass es in Paragraf 29 Polizeigesetz die Anforderung gibt, dass vermehrt Straftaten festzustellen sein müssen, und dieser unbestimmte Rechtsbegriff war schwer zu erfüllen. Der Maßstab hat sich aber im Laufe der Jahre nach den vielen Beschlüssen im Beirat in gewisser Weise entwickelt, weil man den Bezugsraum Bremen-Nord dafür auch stärker in die Betrachtung genommen hat.

Der zweite Grund war, dass die erheblichen finanziellen Mittel von circa 400 000 Euro für Personalkosten im Präsidium einfach nicht vorhanden waren und jetzt dank des Programms „Sichere und Saubere Stadt“ zur Verfügung stehen, und ich hoffe sehr, dass der Haushaltsgesetzgeber diese Mittel verstetigt, damit wir dort weiter aufzeichnen können.

**Präsident Imhoff:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Neumeyer (CDU):** Herr Staatsrat, am 6. August bat die Polizei um Mithilfe und war auf der Suche nach Zeugen, weil in der Nacht vom 4.

August auf den 5. August ein 24 Jahre alter Mann mit mehreren Tritten gegen den Schädel brutal zusammengeschlagen wurde. Wird dieser Bereich, in dem dieser Vorfall damals passiert ist, von der Videoüberwachung auch mit überwacht?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Bull:** Meine Ortskenntnis vor Ort ist noch nicht so gut wie Ihre, und insofern kann ich Ihnen die Antwort einfach nachliefern und werde das natürlich machen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Neumeyer (CDU):** Das wäre schon einmal schön! Sind Sie mit mir einer Meinung, dass es, wenn man die Videoüberwachung schon länger gehabt hätte, vielleicht leichter wäre, den Fall aufzuklären, weil man nicht auf die Suche nach Zeugen gehen müsste, sondern das auf einem Video hätte?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Bull:** Ja!

(Heiterkeit)

**Präsident Imhoff:** Die Antwort ist „ja“! Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Nein danke, und das andere bekomme ich gern nachgeliefert!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Mehr Tonnen braucht die Stadt**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Strohmann, Frau Neumeyer, Röwekamp, und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Strohmann!

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Wir fragen den Senat:

Inwieweit haben Grundstückseigentümer Anspruch auf eine Gelbe Wertstofftonne anstelle des Gelben Wertstoffsacks in Bremen?

Inwiefern sind dem Senat Fälle bekannt, in denen Grundstückseigentümern eine Gelbe Wertstofftonne verweigert wurde?

Wie bewertet der Senat generell die Möglichkeit, die Gelbe Wertstofftonne zukünftig als einziges Holsystem zu etablieren?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: In der Stadtgemeinde Bremen können von den Bürgerinnen und Bürgern wahlweise Gelbe Säcke oder Gelbe Tonnen in den Größen 120, 240 und 1 100 Liter für die Entsorgung von Leichtverpackungen genutzt werden. Der Anspruch der Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer, eine Gelbe Tonne bestellen zu können, ist in der geltenden Systembeschreibung zur Abstimmungsvereinbarung der Stadtgemeinde Bremen mit den Systembetreibern geregelt.

Zu Frage zwei: Beschwerden über Fehlleistungen der RMG Rohstoffmanagement GmbH gehen auch bei der Kundenberatung der Bremer Stadtreinigung ein und werden dort weiterverfolgt. Insofern sind dort Fälle über eine verzögerte Auslieferung von Gelben Tonnen bekannt. Aussagen über die Gesamtzahl der Fälle sind nicht möglich, da nicht bekannt ist, in welchem Umfang Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer direkt bei der RMG anfragen. Falls konkrete Fälle benannt werden, in denen die Herausgabe einer Gelben Tonne ohne Rechtsgrund verwehrt wird, wird die Bremer Stadtreinigung rechtliche Schritte gegen den Systembetreiber prüfen. Zur RMG selbst haben weder die Bremer Stadtreinigung noch die Bürgerinnen und Bürger eine Rechtsbeziehung.

Zu Frage drei: Die Abstimmungsvereinbarung, die die Wahlmöglichkeit für Gelbe Säcke beziehungsweise Tonnen beinhaltet, hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020. Änderungen im System der Verpackungsentsorgung könnten nur kooperativ und im Konsens mit den Systembetreibern abgestimmt werden.

Eine reine gefäßbezogene Sammlung von Verkaufsverpackungen wäre sicherlich für die Stadtsauberkeit von deutlichem Vorteil. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass es gerade in dicht bebauten Stadtteilen zu erheblichen Standplatzproblemen für die zusätzlichen Gefäße kommen kann und da-

her keine uneingeschränkte Akzeptanz der Bevölkerung zu erwarten ist. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Frau Senatorin, was müssen eine Bürgerin oder ein Bürger jetzt tun, wenn man ihr oder ihm sagt: Nein, ich gebe Ihnen keine Tonne!

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Die RMG ist vertraglich verpflichtet, die Gelben Tonnen an diejenigen Bürgerinnen und Bürger herauszugeben, die eine Gelbe Tonne haben möchten – das ist ja aus Platzgründen nicht überall der Fall –, sie ist verpflichtet, diese auszuhändigen. Es gibt keinen rechtlichen Grund, das zu verweigern. Ich würde alle, denen das aus rechtlichen Gründen verweigert wird, bitten, sich zu melden, dann können wir selbst handeln, das betreffe wieder den Vertrag, wir wären dankbar für solche Hinweise.

Es ist so, dass die Bremer Stadtreinigung in der Zwischenzeit einen Beschwerdebrief an den Systembetreiber versendet hat, und man stellt auch eine positive Entwicklung fest. Zumindest die Beschwerden, von denen wir etwas mitbekommen, die also nicht an den Betreiber gehen, sondern an die Bremer Stadtreinigung, nehmen in letzter Zeit deutlich ab.

**Präsident Imhoff:** Herr Abgeordneter Strohmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Also kann ich jedem – das betrifft auch konkrete Fälle – raten, sich einfach mit der Beschwerde an die Bremer Stadtreinigung zu wenden? In einem Fall, weiß ich zum Beispiel, wurde es einfach ignoriert. Es wurden E-Mails und Briefe ignoriert, am Telefon wurde Nein gesagt, und das ist ja auch nicht so schön für den Bürger.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Das ist unbestritten so, das ist auch ein großes Ärgernis. Wir finden das auch nicht richtig, wir haben ein Interesse daran, dass alle, die eine Gelbe Tonne haben wollen, auch eine bekommen, zumal es auch immer wieder Unmut über die Gelben Säcke gibt, wenn diese zuhauf

am Straßenrand liegen. Wir haben also auch ein Interesse daran, dass die Gelben Tonnen ausgeliefert werden, und deswegen habe ich auch ein Interesse daran zu wissen, ob es jetzt läuft oder ob es weiterhin Probleme gibt. Das können wir nur erfahren, wenn die Beschwerden direkt an die Bremer Stadtreinigung gegeben werden, dann bekommen wir das überhaupt mit, und dann können wir eben auch weitere Schritte überlegen. Wie gesagt, ein Beschwerdebrief ist versandt worden.

Das Problem ist, das möchte ich einmal trotzdem sagen: Wir als Kommune haben keine Rechtsbeziehung, es ist das Duale System Deutschland. Insofern ist es aber gut, wenn wir über diese Probleme Bescheid wissen, damit wir schauen können, wie wir es in einem weiteren Schritt dann lösen oder Beschwerden dann auch direkt weitergeben können.

**Präsident Imhoff:** Herr Abgeordneter Strohmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Nein, vielen Dank!)

Frau Bürgermeisterin, dann liegen keine weiteren Zusatzfragen mehr vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema **„Massiver Unterrichtsausfall im Schuljahr 2019/2020 an der Berufsschule Alwin-Lonke-Straße?“**.

Die Anfrage ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Hupe und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Abgeordneter Hupe!

**Abgeordneter Hupe (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchen Bildungsgängen und in welchem Umfang ist im Schuljahr 2018/2019 an der Berufsschule Alwin-Lonke-Straße der Unterricht ausgefallen, und welche Gründe gibt es hierfür?

Zweitens: Welche konkreten Maßnahmen wurden im Lauf des Schuljahres 2018/2019 eingeleitet, um den Unterrichtsausfall zu kompensieren beziehungsweise zu reduzieren?

Drittens: Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, dass es im Schuljahr 2019/2020 nicht zu einem hohen Unterrichtsausfall kommt?

**Präsident Imhoff:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

**Senatorin Dr. Bogedan:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Statistisch wird nur der Unterrichtsausfall einer Schule insgesamt erfasst. Eine differenzierte Auswertung nach einzelnen Bildungsgängen ist daher nicht möglich.

Die Unterrichtsausfallstatistik weist für das Schulzentrum an der Alwin-Lonke-Straße für das Schuljahr 2018/19 einen Ausfall von 2 399 der nach Plan insgesamt zu erteilenden 58 770 Stunden aus. Dies entspricht einer Ausfallquote von 4,1 Prozent. Erfasst sind die Daten von August 2018 bis Mai 2019.

Zu einem Teil lässt sich der Unterrichtsausfall dadurch erklären, dass am Schulzentrum an der Alwin-Lonke-Straße außergewöhnlich viele duale Ausbildungsberufe beschult werden. Dies führt zu einer überdurchschnittlichen Beeinträchtigung des Unterrichts durch Kammerprüfungen, an denen die Lehrkräfte teilnehmen müssen. Zu einem anderen Teil ist der Ausfall auch auf Erkrankungen und das unplanbare Ausscheiden von Lehrkräften zurückzuführen.

Zu Frage zwei: Fachkräfte mit den für den Unterricht in den betroffenen Bereichen erforderlichen Kompetenzen sind in der gegenwärtigen Situation nur schwer zu finden. Dank der intensiven Bemühungen der Schulleitungen konnten dennoch folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

Zum Schuljahresbeginn 2018/2019 konnte eine Lehrkraft für Bautechnik neu eingestellt werden. Zum 1. November 2018 wurde eine Lehrkraft für den Gartenbau eingestellt und eine befristet eingestellte Lehrkraft übernommen, die ab dem neuen Schuljahr 2019/2020 über den Seiteneinstieg B als Lehrkraft weiterqualifiziert und dadurch dauerhaft an die Schule gebunden wird .

Zum Halbjahreswechsel wurde eine weitere Lehrkraft mit den Fächern Wirtschaft und Mathematik eingestellt. Durch die befristete Einstellung einer weiteren Kraft konnte der Unterrichtsausfall für die Klassen der Straßenbauer für das zweite Schulhalbjahr deutlich verringert werden.

Zu Frage drei: Zum neuen Schuljahr sind vier neue Fachlehrer für die Bereiche Bautechnik, Farbtech-

nik und Holztechnik mit einer Unterrichtsverpflichtung von insgesamt 79 Wochenstunden eingestellt, und ein neuer Referendar beginnt im Bereich Bautechnik seine Ausbildung an der Schule.

Zum Halbjahreswechsel werden zwei weitere Referendare ihre Ausbildung abschließen, die ebenfalls nach Möglichkeit übernommen werden sollen. Damit ist zusammen mit den im abgelaufenen Schuljahr getroffenen Maßnahmen eine deutlich bessere Unterrichtsversorgung insbesondere im Bereich der Bauberufe gewährleistet. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege Hupe, haben sie eine Zusatzfrage?

(Abgeordneter Hupe [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vielen Dank!)

Frau Senatorin, es gibt eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Grönert! – Bitte, Frau Grönert!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Frau Senatorin, ich habe noch die Frage, ob bei diesen 4,1 Prozent auch die Stunden eingerechnet sind, die fachfremd erteilt wurden – Sie wissen, was ich meine, ein anderer Lehrer, der gar nicht mit der Ausbildung unterrichtet –, und sind auch die Stunden, in denen nur auf Sicht geführt worden ist, darin?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** In der Ausfallquote sind nur die wirklich ausgefallenen Stunden enthalten und nicht die, in denen vertreten worden ist.

**Präsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Ja, die Frage drängt sich jetzt auf: Können Sie die anderen Stunden auch benennen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** Ich habe die Zahlen jetzt leider nicht mit. Wir können die Zahlen benennen, wir können sie in der Deputation nachliefern, wir können sie Ihnen übermitteln.

**Präsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Hornhues! – Bitte sehr!

**Abgeordnete Hornhues (CDU):** Frau Senatorin, können Sie bitte noch einmal sagen, wie die Azubis

jetzt nachbeschult werden, damit der Unterrichtsstoff nachgeholt wird? Ich meine jetzt die, die durchgefallen waren.

(Senatorin Dr. Bogedan: Noch einmal?)

Der Unterrichtsstoff muss ja irgendwie nachgeholt werden, sonst wären die Azubis von der Alwin-Lonke-Straße ja nicht durchgefallen. Wie wird jetzt sichergestellt, dass sie ihren Unterrichtsstoff nachholen können?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** Sie heben aber jetzt auf einen ganz anderen Sachverhalt ab, deshalb war ich gerade überrascht. Es geht darum, dass wir tatsächlich die Situation haben, dass Schülerinnen und Schüler am Ende die Prüfungen nicht bestanden haben. Den kausalen Zusammenhang zum Unterrichtsausfall können wir aber im Moment nicht herstellen.

(Lachen CDU)

Den können Sie auch nicht herstellen!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage? – Es sieht nicht so aus.

(Abgeordnete Hornhues [CDU]: Nein, habe ich nicht, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt die Überschrift „**Immer mehr Müll am Sportparksee Grambke**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Hornhues, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Hornhues!

**Abgeordnete Hornhues (CDU):** Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat den Zustand der Grünflächen am Sportparksee Grambke im Hinblick auf Verschmutzung durch Abfall?

In welchen Abständen wird illegal abgelegter Müll entfernt?

Inwiefern sieht der Senat Handlungsbedarf seitens des Ordnungsamtes und der Polizei, um präventiv gegen die Müllverschmutzung vorzugehen?

**Präsident Imhoff:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Zustand der Grünflächen am Grambker Sportparksee wird mit „gut“ bewertet, seit Anfang Juli dieses Jahres 17 zusätzliche Saisonabfallbehälter mit je 240 Liter Volumen auf den Liegeflächen aufgestellt wurden. Vorher wurden in mehreren Fällen an einzelnen Behältern Tüten und Säcke dazugestellt. Seit Juli gab es nur sehr wenige Auffälligkeiten durch Verschmutzungen. Die Abfallbehälter werden bedarfsgerecht geleert und die Flächen zwei- bis dreimal pro Woche gereinigt.

Zu Frage zwei: Illegale Ablagerungen, die der Bremer Stadtreinigung unter anderem von Bürgerinnen und Bürgern gemeldet werden, werden in der Regel kurzfristig entfernt. In seltenen Fällen und bei großen Mengen, wie zum Beispiel Bauschutt, Autoreifen oder Ähnlichem, kann die Beseitigung ein paar Tage dauern. Einzelne Säcke oder Tüten, die im direkten Umfeld um die Abfallbehälter herum abgelegt werden, werden mit der Leerung der Abfallbehälter entfernt. Zudem werden die illegalen Ablagerungen auf den Flächen bei der regelmäßigen Flächenreinigung mit abgeräumt.

Zu Frage drei: Der Ordnungsdienst und die Polizei werden im Rahmen ihrer Streifen den Grambker Sportparksee aufsuchen und gegebenenfalls erkannte Müllsünder zur Rede stellen. Nach der bisherigen Erfahrung spricht sich eine Präsenz der Ordnungsbehörden unter den jeweiligen Nutzern des Sees herum. Der Senat geht davon aus, dass diese Maßnahmen ausreichen, um die Badegäste zu einem ordnungsgemäßen Verhalten anzuhalten und eine höhere Sauberkeit sicherzustellen.

Die Polizei Bremen führt weiterhin eigene anlassunabhängige Kontrollen vor Ort durch. Eine durchgängige präventive Bestreifung des Geländes rund um den Sportparksee kann jedoch nicht gewährleistet werden. Die bei den Kontrollen festgestellten Müllansammlungen werden grundsätzlich innerhalb kürzester Zeit entfernt. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Frau Abgeordnete Hornhues, haben sie eine Zusatzfrage? – Bitte, Frau Hornhues!

**Abgeordnete Hornhues (CDU):** In welchen Abständen werden denn auch die Bereiche rund um

den See noch kontrolliert, weil ja nicht nur die Grünflächen mit dem Badestrand zu Müllablagerungen einladen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ziel ist es, das regelmäßig zu machen. Ich habe noch einmal gelernt, dass es vor allen Dingen auch ein Problem rund um den Großparkplatz ist, dort kommt es zu Verschmutzungen. Jetzt muss man ehrlicherweise auch sagen, das sind sehr oft auch Müllbehälter, die nicht genutzt werden, oder Fast-Food-Behälter werden darum herum verteilt werden, und wir haben auch noch ein Problem, dass oftmals auch Krähen die Müllbehälter über Nacht plündern und den Müll verteilen. Es ist natürlich erst einmal nicht erkennbar, wenn man dort entlanggeht, welchen Grund es dafür gibt, aber das soll deutlich verbessert werden, und wir haben ja auch das Ziel einer sicheren und sauberen Stadt.

Bisher werden in Bremen-Nord – das wissen wir als Nordbremerinnen beide – vier Außendienstkräfte eingesetzt. Sie können das natürlich nur punktuell machen. Ziel ist es ja, in den nächsten vier Jahren dann insgesamt 100 Außendienstkräfte zu haben, das heißt, die Hoffnung ist dann eben auch, dass man die Fläche dort häufiger begehen kann, und wir sind trotzdem auch froh, wenn es die Meldungen gibt. Ich habe ja gesagt, wenn es eine Meldung gibt, dass dort illegal Müll abgelagert wird oder es eine Verschmutzung gibt, wir brauchen diese Informationen, damit man den Müll dann nämlich auch zeitnah entsorgen kann.

**Präsident Imhoff:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Neumeyer (CDU):** Sie wissen ja, ich bin auch Nordbremerin, und ich habe mir die Mühe gemacht, ich bin morgens einmal um den Sportparksee herumgelaufen. Wissen Sie, dass auf der einen Seite überhaupt keine Mülleimer vorhanden sind, dort aber trotzdem große Grillevents stattfinden?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich hatte ja vorgelesen, dass wir mehr Mülleimer aufgestellt haben. Jetzt weiß ich nicht, wann Sie Ihre Begehung gemacht haben.

(Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Anfang August!)

Wir können ja auch gern noch einmal gemeinsam dort hingehen. Mein Sohn ist dort auch wöchentlich und nutzt den See, insofern habe ich auch die Gelegenheit, mir das selbst noch einmal anzusehen. Bisher ist es aber so, dass wir angefangen haben, mehr Mülleimer aufzustellen. Wenn es dort einen Bereich gibt und nichts dagegenspricht, dort noch den einen oder anderen Mülleimer aufzustellen, dann sollte man das auch machen. Ich finde aber – und das gilt ja nicht nur für den Grambker Sportparksee, wir haben ja auch Erfahrungen rund um den Werdersee, was das Grillen gerade nach Wochenenden angeht –, das ist auch noch einmal der Appell an alle Mitmenschen, wenn man irgendwo grillt, auch seinen Müll einfach wieder mitzunehmen, denn das ist auch ein Respekt gegenüber anderen Menschen, die solche Flächen nutzen wollen.

Wir können das gern noch einmal ansehen, ob dort vielleicht wirklich noch Mülleimer fehlen und man vielleicht noch nachträglich welche aufstellen soll. Wir gehen aber erst einmal davon aus, und das zeigt auch die Rückmeldung – jetzt schaue ich noch einmal, vor der 27. Kalenderwoche in der Tat, und das stand ja auch in der Zeitung, als es ein nicht so positiver Zustand war –, dass sich der Zustand danach aber deutlich verbessert hat.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Neumeyer (CDU):** Der nicht für das Baden geöffnete Teil des Sees ist durch zwei Tore abgesperrt, sodass eigentlich kein normaler Privatmann diese Strecken mit dem Auto befahren könnte, sondern nur Personen, die für den Grünschnitt oder Ähnliches zuständig sind oder für die Müllentsorgung. Die Schlösser sind seit mehreren Monaten defekt. Ist inzwischen auch dahin gehend etwas unternommen worden – denn es stand ja auch in der Zeitung –, dass diese Tore wieder verschließbar sind und nur die zuständigen Personen einen Schlüssel haben, oder ist da noch nichts passiert?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Frau Abgeordnete, ich gestehe, ich habe persönlich keine Kontrolle der Schlösser durchgeführt, aber ich nehme diese Frage mit und werde dann auch entsprechend veranlassen, wenn die Schlösser noch defekt sein sollten – Konjunktiv! –, dass sie ausgetauscht werden.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage trägt den Titel „**Wann kommt der Lückenschluss in der Grönlandstraße?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Hornhues, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Hornhues!

**Abgeordnete Hornhues (CDU):** Wir fragen den Senat:

Wann rechnet der Senat mit dem ursprünglich für 2019 vorgesehenen Lückenschluss der Lärmschutzwand an der Bahnstrecke in der Grönlandstraße?

Woran scheiterte bisher die Umsetzung dieser Maßnahme?

Inwiefern stehen die für die Maßnahme vorgesehenen Eigenmittel und die Fördermittel des Bundes aus dem kommunalen Investitionsförderprogramm auch über das Ende des Jahres 2019 hinaus zur Verfügung?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Wenn alle Rahmenbedingungen inklusive der dauerhaften Trägerschaft und der Finanzierung wie geplant bis Ende 2019 abschließend geklärt beziehungsweise gesichert werden können, kann mit einer Fertigstellung der Lärmschutzwand bis Ende 2022 gerechnet werden.

Zu Frage zwei: Für die Errichtung der Lärmschutzwand laufen Abstimmungsgespräche mit der Grundstückseigentümerin, ob, und wenn ja, in welcher Weise sie die erforderlichen Grundstücksteile zur Verfügung stellt. Eben solche Gespräche mit der Deutschen Bahn AG sind erforderlich, ob, und wenn ja, in welcher Weise die konkrete Planung eine Gefährdung des Bahnverkehrs darstellen könnte und wie dann gegebenenfalls die Planung angepasst werden muss. Naturschutzfachlich wird geprüft, ob ein Eingriff in den hohen Baumbestand und an einem Schutzstreifen vertretbar wäre. Zudem wäre eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans notwendig.

Diese Fragestellungen erfordern einen hohen Zeitaufwand und sind vor der Beantragung einer Baugenehmigung zu klären. Es wird davon ausgegangen, dass diese Klärung im Herbst 2019 abgeschlossen sein wird und ein Bauantrag – wenn die Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit grundsätzlich gegeben ist – bis Ende 2019 gestellt werden kann. Für die Errichtung der Lärmschutzwand werden drei Jahre kalkuliert.

Zu Frage drei: Für das Vorhaben stehen Mittel in Höhe von 500 000 Euro zur Verfügung. Diese Mittel stammten ursprünglich aus dem kommunalen Investitionsförderprogramm, wurden dann aber mit einer Haushaltsfinanzierung getauscht, sodass die Mittel weiterhin abrufbereit zur Verfügung stehen. – So weit die Antwort des Senats!

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Bienenhaltestellen für Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Saxe und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Saxe!

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Das Schöne im Leben ist ja manchmal, dass man Fragen, die man selbst mitgestellt hat, dann beantworten darf.

Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Kenntnis hat der Senat vom Projekt „Bee Stops“ der niederländischen Stadt Utrecht, bei dem die Dächer von 316 Bushaltestellen mit bienenfreundlichen Pflanzen begrünt wurden?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, diese Idee auch in Bremen umzusetzen?

Drittens: Gedenkt der Senat, darüber Gespräche mit der BSAG zu führen, und sind gegebenenfalls schon Pilotversuche geplant?

**Präsident Imhoff:** Auch diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Informationen des Senats über die bepflanzten Haltestellen in Utrecht basieren zum aktuellen Zeitpunkt auf Presseartikeln. Die „Bee Stops“ unterstützen demnach Bienen bei der Nahrungssuche und leisten damit einen Beitrag zu

Artenschutz und -vielfalt. Weitere Vorteile seien eine Erhöhung der Luftqualität, das Speichern von Regenwasser sowie Kühlung bei Hitze. Die Pflege und Bewässerung erfolgt in Utrecht durch Angestellte der Stadt mit Elektrofahrzeugen.

Für eine darüber hinausgehende Informationsgewinnung wird sich die BSAG im September 2019 mit den Leipziger Verkehrsbetrieben austauschen. In Leipzig werden im gesamten Liniennetz die Fahrgastunterstände – Wartehäuschen – ausgetauscht. Dabei erhalten circa 500 Fahrgastunterstände ein Gründach und circa 400 Fahrgastunterstände, die keinen Stromanschluss haben, ein Solardach. Die Stadt Leipzig hat den Wechsel im Zuge einer Neuausschreibung des Vertrages zur Werbung im öffentlichen Raum umgesetzt.

Zu Frage zwei: Derzeit gehören die in Bremen aufgestellten Fahrgastunterstände nahezu vollständig der Wall GmbH. Der aktuelle Vertrag zwischen der BSAG und der Wall GmbH läuft bis zum Jahr 2025. In einer neuen Ausschreibung könnte eine Begrünung und/oder eine Solarstromversorgung für Beleuchtung und dynamische Fahrgastinformation mit vorgegeben werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind dann zu bewerten. Mögliche Zwischenlösungen wird die BSAG zeitnah mit der Wall GmbH diskutieren.

Zu Frage drei: Die BSAG plant, mindestens eine Pilothaltestelle als „Bienenhaltestelle“ auszustatten. Im Vorfeld müssen allerdings technische Fragen, wie zum Beispiel hinsichtlich der Statik der Haltestellenhäuschen aufgrund der Bodenbeschaffenheit, sowie Fragen zur Pflege des Grüns geklärt werden.

Des Weiteren beabsichtigt die BSAG, ihre Grünleise mit entsprechenden Sedumpflanzen ab 2020 weiter auszubauen. Eine solche planmäßig aufgebraachte Vegetation erleichtert neben ökologischen Aspekten deutlich die Vegetationspflege des Gleisbettes. Zum anderen arbeitet die BSAG mit dem BUND an einem Projekt „ökologische Vielfalt“, bei dem Rasenflächen der BSAG zu Blumenwiesen umgestaltet werden sollen. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege Saxe, haben sie eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Saxe!

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Es ist in der Antwort die Rede davon, dass man mindestens eine Haltestelle bepflanzen will. Die BSAG

hat ja ein paar eigene Haltestellen, und mittlerweile sind auch die Gespräche mit der Wall GmbH fruchtbar. Können Sie sich vorstellen, dass man auch mit etwas mehr als nur einer Haltestelle anfangen kann?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Herr Abgeordneter, dass ich ein großes Interesse an solchen begrünten Haltestellen habe, habe ich in anderer Funktion, glaube ich, mit dieser Frage dokumentiert. Insofern fände ich es natürlich begrüßenswert, wenn es nicht nur bei einer Pilothaltestelle bleiben würde.

Ich habe verstanden, dass man, wenn man bei Gründächern etwas nachrüstet, immer darauf schauen muss, ob die Statik hält. Das ist anders, als wenn man etwas neu plant. Deswegen, glaube ich, agiert man im Moment etwas vorsichtig und fragt sich eher, ob das überhaupt mit den jetzigen Haltestellen funktioniert und wie hoch der Pflegeaufwand ist. Man kann sich vorstellen, dass man, wenn man solch eine Haltestelle jetzt bei so einer Hitze begrünt, diese auch häufig irgendwie bewässern muss. Grundsätzlich würde ich es aber sehr befürworten, wenn es nicht nur bei einer Haltestelle bliebe. Ich habe selbst gerade woanders eine solche Haltestelle gesehen, ich finde, das sieht im Stadtbild toll aus, es hat ökologische Vorteile und ist auch gut für die Menschen, die dann im Kühlen darunter stehen können, also insofern: Ja, ich würde es gut finden.

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege, haben sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich will anerkennen, dass Sie überaus glaubhaft sind, gerade bei diesem Thema. Sie haben die Statik eben angesprochen, das ist ein wichtiger Aspekt. Es gibt in Wien Haltestellen, an denen man, wenn die Statik nicht ausreichend ist, Rankpflanzen quasi von unten nach oben wachsen lässt. Die Idee finde ich charmant, so eine Art Wine Stops vielleicht auch. Können Sie sich vorstellen, dass wir uns auch die Wiener Erfahrungen übermitteln lassen und dann einmal schauen, ob das nicht für Haltestellen, die weniger gute Statikwerte haben, eine Lösung sein könnte?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich sage einmal, den Insekten ist es relativ egal, ob es waagerechte Gründächer oder vertikale Bepflanzungen sind, die

sind einfach scharf auf die Blüten, den Nektar und alles, was damit noch an ökologischen Funktionen verbunden ist. Wenn es in Wien damit gute Erfahrungen gibt, warum sollte man das nicht machen, wenn sich zum Beispiel ein Gründach aus statischen Gründen nicht unbedingt anbietet? Wir müssen einfach sehen, ich glaube, das ist der große Knackpunkt: Wie sieht die weitere Pflege aus, wie pflegeintensiv ist das? Ich glaube, dem Stadtbild würde es, gerade dort, wo an den Haltestellen viel Beton ist, extrem guttun, auch den Menschen, die an den Haltestellen warten, wenn die Haltestellen grün gestaltet wären. Also, warum nicht auch beranken? Klar!

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege, haben sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Mir sind dann, als ich darüber nachgedacht habe, auch noch die Wendeschleifen eingefallen, die ja eigentlich mit Rasen bepflanzt sind. Können Sie sich vorstellen, den Gedanken mitzunehmen, sage ich erst einmal, auch bei diesen Wendeschleifen tatsächlich bienenfreundlichere Lösungen zu praktizieren?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Das war ja ein Stück weit in der Antwort auf Frage drei im letzten Teil beantwortet, dass die BSAG darüber nachdenkt, zum einen das Gleisbett mit einer anderen Vegetation zu bepflanzen, weil es dann auch wirklich Arbeit erspart. Man sieht zum anderen, Blühstreifen oder grüne Gleisbetten sind nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern sie sind vielleicht auch nicht so arbeitsintensiv. Die BSAG plant ja auch mit dem BUND ein Projekt, um zu schauen, wie man Blumenwiesen gestalten kann. Insofern wäre das noch eine Möglichkeit, es dem BUND und der BSAG mit auf den Weg zu geben, auch über die Wendeschleifen nachzudenken.

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege, hat sich eine weitere Zusatzfrage ergeben?

(Abgeordneter Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vielen Dank für die Antworten!)

Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Strohmann! – Bitte sehr!

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Frau Senatorin, wir haben ja jetzt auf die Anfrage Ihre Antworten gehört, was man alles machen könnte und was Sie

vielleicht werden machen können, wenn die Fragen der Statik und die rechtlichen Aspekte geklärt sind. Ich frage Sie einmal konkret: Was können wir denn als Stadtgemeinde über die Umweltbetriebe jetzt schon im Straßenbegleitgrün tun, um Felder für Bienen anzulegen? Ich glaube, den Bienen ist es relativ egal, ob es eine Bushaltestelle, eine Straßenbahnhaltestelle oder das Straßenbegleitgrün ist.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Da haben Sie in der Tat recht. Wir saßen ja zusammen im Eigenbetrieb UBB und haben das immer wieder diskutiert, wie es mit den Pflegestufen und auch mit einer Begrünung von Verkehrsinseln aussieht, gerade weil wir wissen, Verkehrsinseln zu pflegen, damit sie als Wiese schön ordentlich aussehen, ist sehr pflegeintensiv. Es war immer ein Anliegen zu sagen, da muss es eigentlich auch andere Konzepte geben, sie entweder dauerhaft zu bepflanzen, zum Beispiel mit Lavendel. Das ist auch gut für Insekten und muss auch einmal im Jahr beschnitten werden, ist aber nicht so arbeitsintensiv wie ein ständiges Mähen. Ich finde aber in der Tat, Herr Strohmann, dass man da noch mehr machen könnte. Wir überlegen schon, ob man generell das Thema Blühstreifen nicht nur auf die Landwirtschaft bezieht, sondern eben auch auf den Stadtraum, und dazu gehören eben auch Grünstreifen und Verkehrsinseln.

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege, haben sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Was Sie aber machen wollen, wissen Sie jetzt auch noch nicht?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich habe es Ihnen gesagt – die Frage bezog sich ja auf die Haltestellen –, mir selbst ist es ein Anliegen, dass die Stadt ergrünt, und zwar nicht im Sinne von Gras ergrünt, sondern gerade eben auch im Sinne einer insektenfreundlichen Bepflanzung. Insofern sage ich Ihnen zu – ich bin ja jetzt auch noch nicht seit Monaten im Amt –, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass wir Blühstreifen eben nicht nur in der Landwirtschaft fördern, sondern auch schauen, wie wir das auch im Straßenraum weiter ausdehnen können. Ich freue mich über Ihre Unterstützung!

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Ja, vielen Dank, wir bleiben dran und werden dann demnächst Vorschläge machen!)

Sehr gern!

**Präsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert! – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Frau Bürgermeisterin, ich frage Sie, und ich frage den Senat: Wie ist es denn mit der Baumbepflanzung in Bremen geplant? Ist da auch eine bienenfreundliche Auswahl und eine stärkere Bepflanzung demnächst angedacht, sodass wir nicht mehr lang damit hadern müssen, dass Baumscheiben nicht besetzt sind?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Herr Buhlert, wir haben mehrere Anforderungen an Baumpflanzungen. Das eine ist, sie möglichst insektenfreundlich vorzunehmen, das andere ist aber auch klimaangepasst, und beides haben wir uns auf die Fahnen geschrieben. Wir müssen schauen, Sie kennen alle das Problem der Kastanien gerade. Gerade Stadtbäume unterliegen ja einem extremen Druck. Salz durch den Winterfahrtdienst schädigt viele Straßenbäume, die Hitze in der Stadt macht ihnen zu schaffen. Wir haben in bestimmten Quartieren schon Wert darauf gelegt, wie zum Beispiel beim Projekt Aumunder Wiesen 1, dass eben solche angepassten und insektenfreundlichen Bäume dort auch realisiert werden.

**Präsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Frau Bürgermeisterin, sehe ich es richtig, dass bei den Haltestellen erst ab 2025 ernsthaft gehandelt werden kann, wenn eine neue Ausschreibung erfolgt?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Das Problem ist, dass uns die Haltestellen nicht gehören, sonst könnten wir auch einfach einmal so handeln. So aber gibt es eben Vertragswerke, und damals war in der Ausschreibung nicht vorgesehen, sie zu begrünen, eine Dachbegrünung oder eine Vertikalbegrünung vorzunehmen. Jetzt ist es so, wenn jemand etwas besitzt und man selbst eine Vorstellung hat, dann muss man entweder eben jetzt schon eine Lösung finden, oder man kann es erst bei einer neuen Ausschreibung berücksichtigen. Bei einer neuen Ausschreibung 2025 wird das garantiert auch mit einfließen. Jetzt – und das war die Antwort von mir – wird die BSAG mit der Wall

GmbH Gespräche darüber führen, ob das auch vorher schon realisiert werden kann.

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Ja, die Frage ist: Wird an eine vorzeitige Neuausschreibung gedacht, denn warum sollte ein Unternehmen vorher etwas zugestehen, wofür es kein neues Geld bekommt?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Es ist ja ein Thema, das jetzt sehr frisch aufgekommen ist. Wir sollten uns in der Tat erst einmal anschauen – Herr Saxe hat es vorhin angesprochen –, welche Erfahrungen es auch in Wien gibt, also ist es eine Dachbegrünung, für die wir die statischen Fragen erst einmal klären müssen? Wenn es nämlich dort nicht funktioniert, dann ist die Frage, wie man damit weiter umgeht. Was sind die Alternativen, zum Beispiel eine Vertikalbegrünung, oder wollen wir komplett neue Haltestellen finanzieren? Ich würde sagen, das ist ein enormer finanzieller Aufwand, und deswegen gehe ich im Moment nicht davon aus, dass wir den Vertrag kündigen und neu ausschreiben, sondern dass wir dann bei der nächsten Neuausschreibung auf diese Gründächer eingehen werden, deswegen erst einmal diese Gespräche und der Test, ob es überhaupt möglich ist.

**Präsident Imhoff:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte schön!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Ich sehe es also richtig, die Priorität, was Bienenfreundlichkeit angeht, liegt nicht bei Haltestellen, sondern erst einmal bei Blühstreifen, Wendeschleifen, Bäumen und so weiter, weil das auf jeden Fall in dieser Legislaturperiode anstehen kann?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Die Priorität liegt erst einmal darauf, die ganze Stadt insektenfreundlich zu machen, und ich finde, wir sollten alle Flächen nutzen, die wir finden können. Dazu gehören auch Haltestellen, aber es ist doch natürlich klar, dass wir da, wo wir selbst handeln können, vielleicht viel schneller zu einem Ergebnis kommen als da, wo wir erst einmal nur Gespräche führen können, weil uns die Flächen, wie die Haltestellen, selbst nicht gehören. Insofern würde ich jetzt nicht sagen, na ja, das mit den Haltestellen klappt nicht,

sondern wir legen jetzt auch großen Wert auf diese Gespräche. Wir sollten aber trotz alledem auch das forcieren, was wir machen können, wie zum Beispiel Verkehrsinseln begrünen, Wendeschleifen begrünen oder andere Grünstreifen begrünen.

**Präsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Magnitz! – Bitte sehr!

**Abgeordneter Magnitz (AfD):** Ich habe große Bedenken bei diesem Projekt, und zwar einfach deswegen: Wenn ich mir anschau, wie in Bremen das sich selbst aussäende Straßenbegleitgrün – –.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Frage!)

Ja, die Frage kommt, ich begründe sie vorher. Darf ich das bitte?

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Das ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen! – Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Gleiches Recht für alle!)

Gut, dann machen wir das mit einer sehr eingeschränkten Begründung. Ich hätte Bedenken, dass diese Haltestellen sehr ungepflegt wären und einen extrem hohen Wartungsaufwand bedingen. Teilen Sie diese Bedenken?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Wenn man sich die Haltestellen anschaut – ich hatte jetzt in Frankreich die Gelegenheit, mir so eine Haltestelle anzusehen –, dann kann man nicht sagen, dass die Haltestellen mit einem Gründach ungepflegt aussehen. Im Gegenteil, ich finde sie deutlich ansprechender als andere herkömmliche Haltestellen. Ich glaube, alle, die schon einmal einen Blühstreifen gesehen oder zu Hause selbst eine Blühwiese angelegt haben, werden bestätigen können, dass das alles sehr bunt und sehr ansprechend aussieht.

Ehrlich gesagt, wir leben in einem Jahrhundert des Insektensterbens. Über Ästhetik gibt es, glaube ich, unterschiedliche Vorstellungen, aber es geht auch darum, in einer Großstadt Insektenschutz zu fördern, und das kann eine Maßnahme dafür sein.

**Präsident Imhoff:** Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Entwicklung der Antragsbearbeitung bei der Elternbeitrags-**

**stelle“.** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Steiner und Fraktion der FDP.

Bitte Frau Kollegin Bergmann!

**Abgeordnete Bergmann (FDP):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hat sich die Bearbeitung von Anträgen an die Elternbeitragsstelle zur Erstattung von Gebühren für die Kinderbetreuung nach den massiven Problemen im Jahr 2018 entwickelt?

Zweitens: Wie hoch ist der aktuelle Bearbeitungsrückstand, wie ist die personelle Besetzung für die Bearbeitung der Anträge, und wie lange dauert die Bearbeitung von Antragstellung bis zur Bewilligung und von Bewilligung bis zur Auszahlung durchschnittlich?

Drittens: Inwieweit soll das Zahlungssystem – wie angekündigt – angepasst werden, und bis wann, um Eltern und Träger zu entlasten?

**Präsident Imhoff:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

**Senatorin Dr. Bogedan:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Am 31. August 2018 lagen in der Elternbeitragsstelle 2 325 noch nicht abschließend bearbeitete Anträge für den Bereich der Erstattung von Beiträgen zu Elternvereinen vor. Wie geplant, gelang es, die Rückstände bis zum Ende der Herbstferien 2018, also dem 13. Oktober 2018, vollständig abzubauen. Neue Rückstände sind nicht entstanden. Eingehende Anträge konnten nahezu tagesaktuell bearbeitet werden. Zu Beginn eines neuen Kindergartenjahres steigen die Antragszahlen regelhaft an. Aufgrund der Beitragsfreiheit für Kinder ab dem dritten Lebensjahr werden jedoch deutlich geringere Antragszahlen als im Vorjahr erwartet.

Zu Frage zwei: Mit Stand vom 12. August 2019 sind 1 150 Anträge für das neue Kindergartenjahr 2019/2020 eingegangen. 759 Anträge wurden bearbeitet, davon wurden 476 entschieden und bei 283 Unterlagen nachgefordert. 391 Anträge stehen zur kurzfristigen Entscheidung an. Durchschnittliche Bearbeitungsdauern können auch deswegen nicht angegeben werden, weil die Anträge nicht gleichmäßig eingehen. So gingen zwischen dem

21. Juni 2019 und dem 12. August 2019 zwischen 44 und 129 Anträge wöchentlich ein. Die Anträge werden nach Eingang abgearbeitet. Je nachdem, ob die Unterlagen vollständig vorliegen oder nicht, ob es sich um einen Folge- oder einen Neuantrag handelt und mit welchen Unterlagen das Einkommen nachgewiesen wird, dauert die reine Bearbeitung von wenigen Minuten bis zu mehreren Stunden. So wurden zwischen dem 21. Juni und dem 12. August wöchentlich zwischen 43 und 163 Anträge abgearbeitet.

In der Elternbeitragsstelle sind vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fest eingestellt. Zurzeit wird die Elternbeitragsstelle durch drei temporäre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt. Mit unterschiedlichen Zeiteinheiten engagieren sich zudem erneut Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der senatorischen Behörde bei der Bewältigung der Hauptantragszeit. Ab Herbst werden eine Leitungskraft und eine weitere Nachwuchskraft eingesetzt.

Zu Frage drei: Die Beiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen beim kommunalen Eigenbetrieb KiTa Bremen sowie bei referenzwertfinanzierten freien Trägern werden bereits zentral erhoben. Für die zentrale Erhebung der Beiträge für die Betreuung von Kindern in richtlinienfinanzierten Elternvereinen müssen noch neue Grundlagen geschaffen werden. Der Senat befindet sich jedoch bereits in konstruktiven Gesprächen mit den Verbandsvertretungen der Elternvereine, um auch hier im Vorgriff darauf zu vereinfachten Verfahren im Rahmen der Onlineanmeldung zu gelangen. Im Nachgang zu der bereits laufenden zentralen Beitragsfestsetzung und der dort eingesetzten technischen Lösung gibt es konkrete Ansätze für eine vereinfachte Bearbeitung auch in der Elternbeitragsstelle. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff **„Sachstand ‚Ankommen im Quartier‘, AiQ“.** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Grönert, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Grönert!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat das Programm AiQ?

Inwiefern und an welchen konkreten Standorten hat es seit dem Start des Programms einen Wechsel der Ansprechperson gegeben, und für wie lange waren Positionen nicht besetzt?

Von welcher Einarbeitungszeit wird für diese Aufgabe ausgegangen, bis die Ansprechpersonen genügend Kenntnisse für die Begleitung, Beratung und die Vermittlung von Geflüchteten in dem jeweiligen Stadtteil erlangt haben?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

**Senatorin Stahmann:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat bewertet das Programm „Ankommen im Quartier“ positiv. Im ersten Jahr des Bestehens im Jahr 2017 wurden in den Beratungsstellen 1 768 Kontakte zu Geflüchteten verzeichnet, mit 3 211 Beratungen wurde im Jahr 2018 noch einmal eine deutliche Steigerung erzielt. Hinzu kamen 5 620 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die die zahlreichen Informationsveranstaltungen des Programms nutzten. Den Erfolg des Programms belegen auch die positiven Rückmeldungen der lokalen Institutionen und Stadtteilbeiräte, die sich bereits für eine Verstetigung des AIQ-Programms ausgesprochen haben.

Zu Frage zwei: Seit dem Start des Programms im November 2016 sind die Beratungsstellen in Huchting, Hemelingen und Huckelriede ohne personelle Wechsel kontinuierlich besetzt.

Im Gebiet Gröpelingen ist es jeweils im Oktober 2017 und im Mai 2018 zu Personalwechseln gekommen. Die ehemaligen Stelleninhaberinnen haben sich beruflich neu orientiert. Während der beiden Nachbesetzungsverfahren ist die Stelle insgesamt fünf Monate unbesetzt geblieben.

In Kattenturm ist im Mai 2019 eine Nachbesetzung vollzogen worden. Grund dafür war ebenfalls die berufliche Neuorientierung der ehemaligen Stelleninhaberinnen. Die Vakanz bestand während des Verfahrens ebenfalls fünf Monate.

Im Gebiet Neue Vahr ist es im Juni 2019 aufgrund des Erreichens der Altersgrenze der Stelleninhaberinnen zu einer Neubesetzung gekommen. Diese ist völlig nahtlos gelungen.

Aufgrund von Erziehungszeiten kommt es aktuell in Lüssum zu einer Vertretung. Eine längere Vakanz ist nicht entstanden. Die Stelleninhaberinnen wurde schnellstmöglich vertreten.

Ebenso wurde im Schweizer Viertel in Tenover während einer Erziehungszeit in der zweiten Jahreshälfte 2018 eine nahtlose Vertretung durch Kolleginnen und Kollegen benachbarter Gebiete sichergestellt. Längere Ausfallzeiten der Beratungsstelle entstanden in dieser Zeit dadurch nicht. Aufgrund einer erfolgreichen Bewerbung der ehemaligen Stelleninhaberinnen befindet sich die Stelle nun seit Mai im Nachbesetzungsverfahren. Die Bewerbungsfrist endete am 13. August. Gespräche mit interessierten Bewerberinnen und Bewerbern sind in der Vorbereitung.

Zu Frage drei: Die Kolleginnen und Kollegen in den Beratungsstellen haben vor allem auch folgende Aufgaben: die Erstberatung von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Stadtteil, die Unterstützung bei der Orientierung im Quartier, die Weitervermittlung an entsprechende lokale oder stadtweite Hilfsangebote, die Kooperation mit lokalen Institutionen – besonders Quartierszentren, Beratungsstellen, Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern, Ehrenamtlichen – und die Projektentwicklung, gegebenenfalls in Kooperation mit den lokalen Quartiersmanagements. Dies setzt fachliche Kenntnisse auf dem Gebiet der Flucht und der Migration voraus. Da die Kolleginnen und Kollegen oftmals über berufliche Vorerfahrungen aus Tätigkeiten in Übergangswohnheimen oder anderen Bereichen der Integrationsarbeit verfügen, ist eine Einarbeitung in die Themen Flucht und Migration in der Regel kaum nötig.

Der besondere lokale Fokus der Arbeit setzt für die Vermittlungstätigkeit besondere Kenntnisse zu den lokalen Angeboten der Kooperationspartnerinnen Kooperationspartner und Institutionen voraus.

Insgesamt kann für die benötigte Einarbeitungszeit von einem Zeitraum zwischen einem bis drei Monaten ausgegangen werden, vor allem für die Einarbeitung und Abstimmung mit den lokalen Akteuren. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Viele Fragen fallen weg, weil Sie sehr ausführlich geantwortet haben, vielen Dank dafür! Können Sie jetzt schon sagen, ob das Programm AiQ fortgesetzt werden soll?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Eine Fortführung bis Ende 2019 ist im Haushalt sichergestellt, und für die Folgejahre werden wir uns bei den Haushaltsberatungen für die Fortführung einsetzen, weil die Integration erfolgt. Ich habe das oft mit einem Marathon verglichen, der gelaufen werden muss. Sie erfolgt ja in den Quartieren, und deswegen ist das Sozialressort davon überzeugt, dass wir diese Programme fortführen sollten.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Können Sie auch etwas zu den geführten Gesprächen sagen, die Sie genannt haben, wie effektiv sie am Ende im Ergebnis verlaufen sind, also was daraus erwachsen ist, oder haben Sie jetzt einfach nur die Zahlen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Bei 5 620 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist es schwer zu sagen, dass zum Beispiel 3 000 zur Vermittlung in Arbeit geführt haben. Die Gespräche dienen erst einmal der Orientierung, wurden aber als hilfreich bewertet. Also, die Rückmeldung aus den Quartieren ist ausschließlich positiv gewesen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Können Sie sagen, wie viele Gespräche Erstgespräche geblieben sind und wie viele Personen dann in der Wiederholung den weiteren Kontakt gesucht haben?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Das haben wir nicht abgefragt, das kann ich jetzt im Detail nicht beantworten.

**Präsident Imhoff:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Magnitz (AfD):** Welche Kosten sind hierfür aufgelaufen, seitdem das Programm aufgelegt worden ist, und zwar unterschieden nach Personal und Sachkosten, und wie viele Voll- oder Teilzeitstellen sind in diesem Programm gebunden?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Wir haben jedem Stadtteil ein Stellenvolumen in Höhe von 0,5 BV zur Verfügung gestellt. Die Personen sind bei den Trägern angestellt worden, die in den Stadtteilen aktiv sind – das sind in Bremen zumeist die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, der ASB, die Innere Mission und auch andere Träger –, und der Haushaltsgesetzgeber hat bei den Haushaltsberatungen einen Geldbetrag bereitgestellt. Weil die ursprüngliche Frage nicht darauf abgezielt hatte, kann ich das jetzt nicht so aus dem Stand beantworten, Herr Magnitz. Es sind aber keine Milliarden- und auch keine zweistelligen Millionenbeträge, es sind meistens Beträge, die eher im niedrigen sechsstelligen Bereich anzusiedeln sind. Das Teuerste bei diesen Ausgaben sind die Personalkosten, aber ohne Personal kann man eben auch nicht vor Ort beraten, und die Arbeit lebt von Menschen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Magnitz (AfD):** Ja, aber nur eine Präzisierung! Wäre es möglich, diese gewünschten Zahlen nachgeliefert zu bekommen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** In der Sozialdeputation ist das möglich, das können wir nachliefern.

**Präsident Imhoff:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Ich wollte fragen: Ist bei den Entscheidungen und bei den Bewertungen über diese Maßnahmen eine Kosten-Nutzen-Abwägung erfolgt im Sinne von „Es kostet zwar, aber was nützt es auch?“, und was hat diese ergeben?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** In der Sozialdeputation haben wir ja verschiedene Konzepte vorgestellt, wie Integration gestaltet werden soll, nachdem die Menschen hier angekommen waren und Wohnraum gefunden haben und gepflegt wurden. Wir haben uns dann im Zusammenspiel mit den vielen Ehrenamtlichen, den Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern dazu entschieden, Stadtteilprogramme aufzulegen, und wir haben den Eindruck gewonnen, auch durch die Rückmeldungen und die Berichte – und auch durch die Berichte der Ortsamtsleitungen –, dass es sich um ein positives Programm handelt.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhler (FDP):** Also kommen Sie wie ich zu dem Schluss, dass das Geld hier so angelegt ist, dass es teurer wäre, es nicht zu machen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Auf alle Fälle, Herr Dr. Buhler!

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über **Probleme bei der Auszahlung von Zuwendungen an Träger der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Grönert, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Grönert!

**Abgeordneter Grönert (CDU):** Wir fragen den Senat:

Aus welchen Gründen erhielten wie viele beziehungsweise welche Träger der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im Mai und Juni 2019 nicht die mit der zuständigen Behörde vereinbarten Zuwendungen?

Welche Folgen hatten nach Ansicht des Senats die ausgebliebenen Zahlungen für die einzelnen Träger, und welche Maßnahmen wurden getroffen, um ausbleibende Zahlungen in Zukunft zu vermeiden?

Welche Informationen oder Unterstützung seitens der zuständigen Behörde erhielten die betroffenen Träger, als das Ausbleiben der Auszahlungen über einen längeren Zeitraum erkennbar wurde?

**Präsident Imhoff:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

**Senatorin Stahmann:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Frau Grönert! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Den Zuwendungen liegt ein aufwendiges Antragprüfungsverfahren zugrunde. In den ersten drei Monaten des Jahres erhalten die Träger daher eine monatliche Rate in Höhe von je-

weils 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags. Nach Prüfung der Wirtschaftspläne sowie der Testate werden die Mittel für das gesamte Haushaltsjahr freigegeben. Es folgen monatliche Dauerauszahlungen in der bewilligten Förderhöhe. Dabei hat es in diesem Jahr eine unglückliche Kombination aus Änderungen im Verfahren, der Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer weiteren Prüfungsschleife gegeben. Im Zusammenspiel zwischen den beteiligten Behörden hat dies zu Verzögerungen geführt. Auch die Förderung von Projekten war hiervon betroffen. Der Senatorin für Finanzen lagen die erforderlichen Testate und Wirtschaftspläne nicht vollständig vor, um die Haushaltsstellen freigegeben zu können.

Im Mai 2019 waren 43 Träger der Jugendhilfe von diesem Zahlungsverzug betroffen. Die Zuwendungen konnten in 93 Fällen nicht pünktlich ausbezahlt werden. Bis Ende Juni wurden alle ausstehenden Zahlungen an die Träger für Maßnahmen und Projekte angewiesen.

Zu den Fragen zwei und drei: Die verspätete Auszahlung der Zuwendungen an die Träger der Jugendhilfe führte zu einer erheblichen Verunsicherung im Arbeitsfeld und erhöhte den Verwaltungsaufwand. Insbesondere war die Zahlung von Löhnen, Gehältern und der Sozialabgaben gefährdet. Mit Abschlägen wurde daher in einigen Fällen die Zahlungsfähigkeit sichergestellt, da nur wenige Träger über Rücklagen verfügen, mit denen Liquiditätsengpässe überbrückt werden können.

Um in der Zukunft Unterbrechungen im Zahlungsfluss zu vermeiden, wurde bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ein Kontrollverfahren eingeführt. Damit wird sichergestellt, dass alle erforderlichen Testate und Wirtschaftspläne fristgerecht bei der Senatorin für Finanzen – jetzt Senator für Finanzen – vorliegen und die Träger der Jugendhilfe fortlaufend die bewilligten Zuwendungen erhalten.

Die eintreffenden Nachfragen und Beschwerden der Träger wurden von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport beantwortet. Den Trägern der Jugendhilfe wurden die Gründe für die Zahlungsverzögerung erläutert. Die Nachfragen der Trägervertretungen der LandesArbeitsGemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e. V. und des Bremer Jugendrings e. V. wurden ebenfalls beantwortet. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Frau Kollegin Grönert, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Frau Senatorin, ist Ihnen bekannt, ob sich einzelne Träger womöglich auch irgendwo anders Geld leihen mussten?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Das ist uns nicht bekannt. Die Träger haben sich bei uns gemeldet und um Abschlüsse gebeten. Nach Rücksprache mit der Senatorin für Finanzen haben wir Überbrückungsgelder geleistet und das Verfahren jetzt so aufgestellt, dass es in Zukunft nicht mehr zu solchen Vorkommnissen kommt.

**Präsident Imhoff:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Warum wurden die Träger erst von der Behörde informiert oder überhaupt mit Informationen versorgt, nachdem sie sich selbst an die Behörde gewandt haben, weil sie letztlich irgendwie nicht mehr mit dem zurechtkamen, was da auf ihrem Konto passierte oder nicht passierte? Warum hat man nicht eher eigenständig reagiert?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Also, erstens hatten wir Einzelfälle, und als wir feststellten, dass es zu einem Übermittlungsproblem gekommen war, gab es auch die Rücksprache mit den Wohlfahrtsverbänden. Unsere Leute reagieren dann zeitnah und haben dann auch per Brief reagiert, damit dann wiederum die Arbeitsgemeinschaft ihre Träger unterrichten konnte.

**Präsident Imhoff:** Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Ich möchte eigentlich ein bisschen dahin, ich möchte wissen, warum das so lange gedauert hat. Es war doch klar, dass Zahlungen ausblieben, und spätestens, als sich das zweite Ausbleiben von Zahlungen angekündigt hatte, hätte man nach meiner Meinung doch eigeninitiativ etwas machen und auf die Träger zugehen müssen. Das verstehe ich nicht, unabhängig davon, dass das Geld nicht geflossen ist!

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Vielleicht müssten Sie sich dann noch einmal von den Haushaltsexperten bei uns die Wege der Geldflüsse zeigen lassen. Es ist so, dass ein einzelner Mitarbeiter oder eine einzelne Mitarbeiterin nicht diese Geldsummen bewegen kann, sondern es gibt ein Verfahren, in dem wir Prüfungen vornehmen, dann den Senator für Finanzen informieren, es müssen Testate vorliegen, und es gab Arbeitsabläufe. Dabei hat sich herausgestellt, dass diese Arbeitsabläufe, die früher funktioniert haben, aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr funktionierten und zu dieser Verkettung führten. Es ist ärgerlich, dass das passiert ist, aber ich glaube, am Ende zählt das Ergebnis, dass wir jetzt eine einheitliche Handlungskette haben, die wir mit der Senatorin für Finanzen abgestimmt haben.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte!

**Abgeordnete Grönert (CDU):** Eine abschließende Frage: Dass das jetzt mit den Geldern so funktionieren soll, ist das eine. Ist jetzt auch gewährleistet, dass beim nächsten Mal die betroffenen Träger früher informiert werden, damit auch nicht so viel Energie, sage ich einmal, die ja eigentlich in die Arbeit fließen soll, durch Reibungsverluste wegen des Geldes verloren geht?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Wir sind bemüht, immer umgehend zu antworten, Frau Grönert, das als Erstes! Wenn sich jemand an uns wendet, geht auch ein Bestätigungsschreiben heraus, und wir kümmern uns um die Anliegen. Ich gehe jetzt davon aus, und darauf setze ich auch, dass dies so nicht wieder passiert.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Wir sind am Ende der Fragestunde angekommen.

### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

### **Verkehrskonzept Freimarkt überarbeiten Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2019 (Drucksache [19/964 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich vor fast einem Jahr zur Zeit des Freimarkts durch den Bürgerpark joggte, hatte die Ignoranz einiger Parkplatzsuchender eine extreme, neue Dimension erreicht. Immerhin geordnet hintereinander standen mitten im Bürgerpark 60 Fahrzeuge, deren Kennzeichen überwiegend bremisch waren. Der Grad der Belastung im angrenzenden Stadtteil Findorff, aber auch im Bürgerpark ist zunehmend unerträglicher geworden.

Zwei Vorbemerkungen möchte ich machen: Erstens, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen freut sich sehr über die lange Tradition dieses wunderbaren Freimarkts mitten in der Stadt und den großen Erfolg mit vier Millionen Besuchern. Zweite Vorbemerkung: Der Freimarkt ist temporär direkt am Bahnsteig aufgebaut oder an dem größten Knotenpunkt, den wir für den Nahverkehr in Bremen haben, das heißt, er ist so geeignet wie kaum ein anderes Volksfest, nicht mit dem Auto zu ihm hinzufahren.

Das Verkehrskonzept, das wir jetzt miteinander diskutieren und das weiter erarbeitet werden soll, das darf sich ausdrücklich nicht nur auf den Freimarkt beziehen.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben andere große Veranstaltungen wie die Bremen Classic Motorshow, die Osterwiese oder die Sixdays Bremen, da sieht es ähnlich aus. Ziel ist eine Stärkung dieser Veranstaltungen und eine Stärkung der Verträglichkeit für die Anwohnerinnen und Anwohner.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Erste Maßnahmen sind während der Osterwiese umgesetzt worden, es ist gut, dass man das in die Wege geleitet hat. Ich verhehle nicht, dass mir manches zu langsam geht, zum Beispiel der Baumschutz am Torfkanal, das hätte alles viel schneller gehen können. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und in der Kommunikation ist es noch unausgereift, was man verbessern kann. Es gilt, abzuwägen und alle Beteiligten mitzunehmen, aber auch schnell zu reagieren. Die Menschen im Stadtteil erwarten von

uns, dass diese unerträgliche Situation sehr schnell besser wird.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vier Ebenen sind uns wichtig: Die Überwachung der verkehrswidrig abgestellten Fahrzeuge muss merklich intensiviert werden. Als ich den Polizisten gefragt habe, wie viele sie denn sind, hat er „fünf“ gesagt, und er hat gesagt, das sei viel zu wenig. Daher freue ich mich darüber, dass in Aussicht gestellt wird, die Zahl der Verkehrsüberwacher in Bremen von 23 auf 100 zu erhöhen. Das wäre dann auch für diesen Bereich ein Quantensprung.

Zweitens: Die Belange des Bürgerparks und der Bewohnerinnen und Bewohner müssen wirksam durch verkehrslenkende und verkehrsbeschränkende Maßnahme gewahrt werden. Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig. Viele wissen nicht, dass es ein gutes Park-and-ride-Angebot an der Uni gibt. Mit einem Kombiticket für, ich glaube, 3,50 Euro kann man dort parken und ohne Mühsal mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu unserem wunderbaren Volksfest kommen. Das heißt, das muss viel, viel besser kommuniziert werden. Ich glaube, im ÖPNV müssen wir eindeutig noch mehr machen.

Ich will zum Schluss noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen, das betrifft schon ein paar Anträge, die ich heute noch debattieren darf. Man kann digitalisieren, gut kommunizieren und das Management im Verkehr verbessern. Das ist alles wichtig. Eine Lösung ist dies für unsere Verkehrsprobleme, die wir an verschiedenen Stellen haben, nicht.

Wenn man die Verkehrswende beim Freimarkt, in der Überseestadt oder beim Management der Baustellen ernst nimmt und nicht nur zum Schein diskutieren möchte, bleibt nur eine Erkenntnis: Wer mit dem Fahrrad, zu Fuß und in der Straßenbahn unterwegs ist, der schafft keine Verkehrsprobleme, sondern er löst sie, weil man nicht gleichzeitig im Auto sitzen kann.

Verkehrswende bedeutet bei all diesen Problemen eine merkliche Reduktion des Autoverkehrs. Nur wer zu den Leugnern der Klimakrise gehört, kann die Notwendigkeiten dieses Handelns nicht verstehen. Der Verkehrssektor in ganz Deutschland stagniert seit 1990, wir haben den gleichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß wie 1990. Wir müssen die Klimakrise bewältigen, aber der Verkehrssektor hält sich quasi nicht daran. Deswegen müssen wir die Verkehrswende auf allen Ebenen deutlich beschleunigen, natürlich

auch bei der Fahrt zu unserem wunderschönen Freimarkt. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Strohmann.

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Saxe, Sie schaffen es auch immer wieder, auch bei solchen Problemen, die Grundsatzfragen zum Fahrradverkehr zu stellen. Sie haben grundsätzlich recht, aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, von den vier Millionen Besuchern kommt schon der Großteil nicht mit dem Fahrrad. Es ist schwierig, wenn man getrunken hat, darf man auch nicht Fahrrad fahren, der Großteil kommt schon mit dem ÖPNV.

Von der Menge her haben wir in Findorff mit dem Verkehr letztlich gar nicht mehr so viele Probleme, aber es ist umso ärgerlicher für die Anwohner und auch für den Bürgerpark mit dem Falschparken. Das sind aber hauptsächlich Auswärtige, ich wüsste jetzt keinen Bremer, der sich das antut, da in Findorff herumzufahren. Gut, wir werden es beide kontrollieren, dann schauen wir uns einmal die Kennzeichen an und sprechen die Leute auch persönlich an, das ist keine Frage!

Mich ärgert nur – und das ist auch aus dieser Mitteilung des Senats noch einmal klar und deutlich geworden –, Sie haben sich nach dem Antrag getroffen und einmal darüber gesprochen, aber passiert ist ehrlicherweise nichts, und es sind keine Maßnahmen festgelegt worden, wie wir jetzt im Grunde genommen dem nächsten Chaos beim Freimarkt entgegentreten können. Ob es jetzt mit einem verstärkten Abschleppen oder dergleichen passiert, da bin ich dafür, da bin ich wirklich auch auf der Seite, denn wer nach fast 1 000 Jahren immer noch nicht gemerkt hat, dass da keine Parkplätze sind, muss dann auch irgendwie für Dummheit bestraft werden, das ist keine Frage.

Wir haben aber ja auch gelesen, dass der öffentliche Nahverkehr da gut ausgebaut ist. Wir müssen einfach viel mehr Werbung dafür machen, dass wir ein gutes Park-and-ride-Angebot haben. Vielleicht muss man das auch noch einmal ein bisschen anders kombinieren und auch für die Parkhäuser in der Innenstadt werben, das macht ja auch Sinn, gerade der Einzelhandel partizipiert ja auch im Prinzip vom Freimarkt. Da ist meiner Ansicht nach in

den letzten Monaten auch zu wenig zum Werbekonzept passiert. Es gibt auf der Internetseite einen kurzen Hinweis, aber da stelle ich mir Werbung anders vor, ansonsten ist es enttäuschend. Gut, es ist ja noch eine Mitteilung vom alten Senat, vielleicht macht der neue das besser.

Ich sage hier nur schon voraus, es wird sich nichts ändern, und wir werden dann wahrscheinlich die gleichen Probleme mit einem Initiativantrag oder einem Antrag von Ihnen im November 2019 nach dem Freimarkt wieder diskutieren, weil nichts passiert ist.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht immer so pessimistisch, Herr Kollege!)

Nein, Sie werden sich entsinnen, dann werde ich Ihnen sagen, es wird so sein, weil es ja nicht das erste Mal ist, dass wir das diskutieren. Meistens ist es so im November/Dezember, nach dem Freimarkt, und dann haben wir auch die Erkenntnis, dass das Besucher- und Verkehrsaufkommen bei der Osterwiese kleiner ist als auf dem Freimarkt, dass Weihnachten meistens am 24. Dezember beginnt. Diese Erkenntnisse werden wir dann alle wieder zusammenfassen, aber wir müssen das jetzt endlich einmal angehen – da gebe ich Ihnen recht –, man muss nicht mit dem Auto zum Freimarkt fahren, das geht auch anders. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Schäck.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Wochen ist es wieder so weit, und es startet der 984. Bremer Freimarkt. Für mich ist das eine schöne Tradition. Ich freue mich sehr, dass dieses Volksfest nicht nur bei uns in Bremen so beliebt ist, sondern uns auch viele Menschen aus dem direkten Bremer Umland und aus ganz Norddeutschland hier in Bremen besuchen, um mit uns zusammen den Freimarkt zu feiern. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass viele der Besucher – und nicht nur die aus dem weiter entfernten Bremer Umland! – mit dem Auto kommen werden.

Das Problem ist schon relativ lange bekannt. Schauen Sie einmal in den Verkehrsentwicklungsplan aus dem Jahr 2014, das ist jetzt fünf Jahre her, und es fehlt bis heute ehrlicherweise an einem vernünftig umgesetzten Gesamtkonzept, das sich

eben gerade nicht nur mit den Ursachen beschäftigt, sondern die Probleme an der Stelle auch gelöst hätte! Das führt dann letztendlich zu unhaltbaren Zuständen in verschiedenen Situationen. Wiesen werden beparkt und Bäume beschädigt, Ein- und Ausfahrten werden zugeparkt und Kreuzungen so zugestellt, dass sie kaum noch einsehbar sind. Ehrlicherweise sind viele Straßen auch so zugeparkt, dass im Notfall ein Feuerwehrgewagen nicht mehr durchkommen würde. Ich habe selbst einige Jahre in einer Seitenstraße nahe der Bürgerweide gewohnt und weiß, wovon ich spreche.

Das Problem ist nicht neu, und mich ärgert ehrlich gesagt, dass wir uns mit diesem Problem, das seit so vielen Jahren bekannt ist, Jahr für Jahr wieder neu beschäftigen müssen. Auch hier sprechen wir heute wieder über das gleiche Problem, über das in den letzten Jahren schon diskutiert worden ist. Man könnte eigentlich erwarten, dass zielgerichtet Ideen und Konzepte erarbeitet wurden, die dann zügig in die Praxis umgesetzt werden. Der Bericht des Senats offenbart allerdings nicht ganz so viel Neues und Innovatives. Im Gegenteil fehlen leider an vielen Stellen die Impulse und auch die ehrliche Bereitschaft, für zügige Lösungen zu sorgen.

(Beifall FDP)

Ich glaube, dass ein erhobener Zeigefinger, Teilsperrungen und Barrieren das Problem nicht lösen werden, weil die Parkplatzsuchenden dann lediglich in andere Stadtteile ausweichen. Ich wohne mittlerweile auf Höhe der Meierei, und selbst da haben wir mit Parkproblemen zu kämpfen, wenn Freimarktzeit ist. Da kann man sich überlegen, wie weit die Leute mittlerweile zu laufen bereit sind.

Ich glaube, wenn wir diese Probleme ernsthaft angehen wollen, dann müssen wir auf der einen Seite eine sachliche Problemanalyse machen und auf der anderen Seite Lösungen erarbeiten und sie dann auch zügig umsetzen, denn die Analyse ist die eine Halbzeit, die gespielt werden muss, und die Umsetzung und die Problemlösung sind dann die zweite Halbzeit. Für mich spielen da verschiedene Themen hinein. Das ist zum einen der ÖPNV, das heißt, wir müssen herausfinden, warum Menschen immer noch nicht ausreichend den ÖPNV nutzen und so viele Menschen, gerade auch aus Bremen, der Meinung sind, mit dem Auto zum Freimarkt fahren zu müssen. Wir müssen uns mit der Frage nach der Taktung des ÖPNV zur Freimarktzeit auseinandersetzen, die Frage stellen, wie es mit der Sauberkeit aussieht, mit der tatsächlichen und gefühlten Si-

cherheit, wie es mit der Familienfreundlichkeit aussieht. Das wird aber nur das Problem des ÖPNV in Bremen lösen.

Wenn wir zum anderen daran denken, dass auch viele Menschen aus dem Bremer Umland zu uns kommen, dann werden diese wahrscheinlich nicht so umfassend den Bremer ÖPNV nutzen können. Das heißt, wir müssen dort über mehr Park-and-ride-Stellplätze nachdenken, wir müssen auch darüber nachdenken, dass diese gut erreichbar und sicher sind, über das Thema Videoüberwachung beispielsweise. Ein weiteres Thema ist, dass diese Plätze auch gut an Zubringer angeschlossen sein müssen, das heißt, an Bahnen und Busse. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob es Sinn ergibt, an gewissen zentralen Stellen, beispielsweise an Bahnhöfen im Umland oder an zentralen Stellen in der Stadt, für diese Zeit Shuttlebusse zu organisieren.

Das dritte Thema sind mehr Parkplätze. Es werden auch nach diesen Maßnahmen immer noch Menschen ihr Auto nutzen wollen und auch müssen. Wir werden deswegen auch in Zusammenarbeit mit der BREPARK dafür sorgen müssen, dass einerseits mehr Parkplätze geschaffen werden und dass auch andererseits ein vernünftiges Verkehrsleitsystem installiert wird, das dafür sorgt, dass die Parkplatzsuchenden klug geleitet werden.

All das würde die Umwelt schützen, all das würde den Lärm reduzieren und den Stress aller Beteiligten, insbesondere der Anwohner, gering halten und dafür sorgen, dass wir alle gemeinsam eine schöne fünfte Bremer Jahreszeit haben. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Schumann.

**Abgeordneter Schumann (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja unstrittig, dass es ärgerlich ist, dass ein so tolles Fest wie der Bremer Freimarkt ständig im Zusammenhang mit Parkproblemen wahrgenommen wird, verursacht durch Menschen, die sich mit Autos in den Bürgerpark begeben und sich an keine Regeln halten, das ist ja unumstritten. Andererseits reden wir jetzt über einen Zwischenbericht. Ich bin in gewisser Hinsicht froh, dass dort schon wieder ein bisschen Bewegung hineingekommen ist. Man kann ja zumindest sehen, dass man sich mit diesem Thema

beschäftigt, und zwar auf breiter Fläche. Viele Institutionen beschäftigen sich damit, und ich bin, weil ich ja noch neu in diesem Geschäft bin, einmal guter Dinge, dass etwas Gutes dabei herauskommt.

Trotz alledem muss man die Probleme ernst nehmen. Ich finde es unerträglich für die Findorffer Bürgerinnen und Bürger, dass sie zur Freimarktzeit eher an eine schlechte Zeit erinnert werden und wieder eher mit Gräuel sehen, wie es denn weitergehen soll, anstatt sich über den Lichterglanz des Freimarktes und den schönen Geruch von gebrannten Mandeln und Würstchen freuen zu können. Da sind wir auch als Politik und Verwaltung gefordert, dies schnellstens zu ändern.

Es geht mir weiß Gott nicht schnell genug. Die Anträge wurden ja – das habe ich nachgelesen – im Dezember 2018 auf den Weg gebracht. Da ist jetzt ein Dreivierteljahr vergangen, und man muss leider das Gefühl haben, dass nichts passiert ist, außer dass viel gesprochen worden ist. Das muss sich ändern. Ich finde das auch sehr bedauerlich, und meine Befürchtung ist, dass das Konzept bis zum nächsten Freimarkt wohl noch nicht vorliegt und somit auch mit einer Änderung in diesem Jahr nicht zu rechnen ist. Es wäre schön, wenn es anders käme, und es wäre unabdingbar, dass dann im nächsten Jahr ein Konzept vorliegt, das allen Interessen dieser Stadt Genüge tut.

Natürlich gehe ich davon aus, dass die Bremerinnen und Bremer eigentlich mit dem ÖPNV oder mit dem Fahrrad zum Freimarkt fahren. Wiederum muss man auch berücksichtigen, dass dieses Fest Gott sei Dank in Norddeutschland weit über die Grenzen bekannt ist und natürlich auch Menschen mit dem Auto nach Bremen kommen. Meiner Meinung nach gibt es auch Möglichkeiten: Wir haben Parkmöglichkeiten in Parkhäusern, und jetzt ist das City Gate, glaube ich, dort noch mit über 200 Parkplätzen in nächster Nähe. Da muss man dafür Werbung machen, dass die Menschen dort mit ihren Autos hineinfahren. Wir haben am Rembertiring zwei Hochgaragen, die sogar relativ günstig sind, wo man, glaube ich, einen ganzen Tag lang für 3,50 Euro parken kann. Auch dafür muss man vielleicht werben und dies den Menschen gerade von außerhalb angeeignen lassen.

Zu guter Letzt hoffe ich, dass wir möglichst schnell den Abschlussbericht haben und diesen kritisch miteinander diskutieren. Ich habe auch den Eindruck, da sind wir über die Fraktionsgrenzen hinweg gar nicht weit auseinander, um dann am Ende

ein gutes Verkehrskonzept für diesen tollen Freimarkt zu haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Schiemann.

**Abgeordnete Schiemann (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dem Bremer Freimarkt verbinde ich als Bremerin eigentlich nur angenehme Assoziationen und Gefühle, und natürlich freut es mich, dass sich die Traditionsveranstaltung weit über die Grenzen Bremens hinaus großer Beliebtheit erfreut.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Jahr für Jahr ist diese Veranstaltung ein Besuchermagnet, der unsere Wirtschaft stärkt. Wie aber so oft im Leben, gibt es bei allem Positiven auch zum Bremer Freimarkt leider eine Kehrseite der Medaille. Jahr für Jahr sind an der Bürgerweide angrenzende Quartiere und auch der Bürgerpark von einer zunehmenden Verkehrsflut und verkehrswidrig parkenden Besuchern betroffen. Anlieger und Natur leiden zunehmend unter dieser sich alljährlich wiederholenden Verkehrssituation.

Nach der Lektüre der Mitteilung des Senats vom 14. Mai zur Überarbeitung des Verkehrskonzepts Freimarkt wird schnell deutlich, dass sich diese komplizierte Verkehrssituation um den Bremer Freimarkt herum nicht binnen kurzer Zeit lösen lässt. Gut und richtig ist, dass sich nun ein Arbeitskreis aus fachlich und inhaltlich zuständigen Senatsressorts, Behörden und Gesellschaften unter der Einbeziehung des Ortsamtes West und des Beirats Findorff zusammengeschlossen hat, der kontinuierlich an der Koordinierung von Maßnahmen zur Verbesserung der verkehrlichen Situation für die betroffenen Menschen und dem Bürgerpark im Umfeld des Bremer Freimarktes arbeitet.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Als erstes Ergebnis kamen dann bei der Osterwiese im Frühjahr dieses Jahres bereits kurzfristig umsetzbare verkehrslenkende Maßnahmen zur Unterbindung von wildem Parken zum Einsatz. Nun ist aber das Verkehrsaufkommen zur Osterwiese nicht mit dem Verkehrsaufkommen zum Bremer Freimarkt vergleichbar. Es muss auch weiterhin an einem verbesserten Verkehrskonzept und einem Werbekonzept zum Bremer Freimarkt gearbeitet werden, das die Menschen dazu bewegt, mit dem

öffentlichen Nahverkehr zu dem in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hauptbahnhof stattfindenden Bremer Freimarkt zu kommen,

(Beifall SPD, DIE LINKE)

oder – wenn es denn das Auto sein muss – die Besucher in die vielen in unmittelbarer Nähe zum Veranstaltungsort liegenden Parkhäuser leitet. Es wird zukünftig auch mehr Einsatz von Personal nötig sein, um etwaige Verkehrsverstöße im ruhenden Verkehr rund um den Freimarkt und die Bürgerweide so empfindlich zu ahnden, dass dies für Falschparker eine abschreckende Wirkung erzielt.

Fakt ist aber, die mit dem Antrag vom 17. Dezember geforderte Überarbeitung des Verkehrskonzeptes Freimarkt konnte aufgrund etlicher noch in Prüfung befindlicher Maßnahmen vom Senat noch nicht vollständig abgeschlossen werden, sodass davon auszugehen ist, dass die Fertigstellung und Abstimmung des Konzeptes bis zum diesjährigen Freimarkt leider noch nicht umgesetzt werden kann. Wir begrüßen die weitere Ausarbeitung des Konzeptes unter Beteiligung des Arbeitskreises und der betroffenen Stadtteilbeiräte und erwarten dessen Fertigstellung und Umsetzung nunmehr spätestens zum Freimarkt im nächsten Jahr. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, der Freimarkt ist mit rund vier Millionen Besuchern das größte Volksfest in Norddeutschland, und das ist etwas, auf das die Bremerinnen und Bremer auch sehr stolz sein können. In der Tat ist es aber so, dass das, was des einen Freud ist, des anderen Leid ist. Für die Findorffer Bürgerinnen und Bürger bedeutet das nämlich einfach einen sehr großen Parkdruck in ihrem eigenen Stadtteil. Wir wissen auch alle, im direkten Umfeld des Freimarktes auf der Bürgerweide stehen bekannterweise nicht genügend Parkplätze für die Besucher zur Verfügung. Ich glaube, uns alle hier im Saal eint doch ein Ziel, nämlich dass wir eine Entlastung für die Findorffer Bürgerinnen und Bürger zu den Zeiten des Freimarktes erzielen wollen.

Jetzt haben wir gelernt, viele fahren schon mit dem Fahrrad oder auch mit dem ÖPNV zum Freimarkt,

aber – und das ist eben das Problem – es fahren jedes Jahr immer noch sehr viele Besucher mit dem eigenen Pkw zum Freimarkt. Das führt zu diesem erheblichen Parkdruck, und das verstärkt im Übrigen auch den Konflikt durch Falschparker in den angrenzenden Wohnstraßen.

Jetzt gab es die Aufforderung der Bürgerschaft an den Senat vom Dezember 2018, ein überarbeitetes Verkehrskonzept zu erstellen. Anfang des Jahres hat die Arbeitsgruppe die Arbeit aufgenommen, und an der Arbeitsgruppe nehmen neben dem Verkehrsressort das ASV, die BSAG, die BREPARK, die Polizei, das Wirtschaftsressort, die Messesellschaft, der Bürgerparkverein, das Ortsamt West und auch Vertreterinnen und Vertreter des Stadtteilbeirats aus Findorff teil. Jetzt ist es immer ein Problem, auch wegen der Wahl, wenn es ein Bericht des Senats vom Mai ist. Wir haben jetzt August, und deswegen sage ich, Herr Strohmann und Herr Schäck, es ist in der Zwischenzeit durchaus etwas passiert, was man dem Bericht aber noch nicht entnehmen kann. Das möchte ich jetzt einmal vortragen.

Zum einen – darauf wurde auch schon in anderen Reden eingegangen – gab es Maßnahmen, die schon zur Osterwiese umgesetzt worden sind. Jetzt kann man die Osterwiese vielleicht nicht eins zu eins mit dem Freimarkt vergleichen, aber immerhin, man hat sich dort auf den Weg gemacht. Zum einen ist die Einfahrt in die Findorffstraße aus Richtung Hollerallee/Eickendorfer Straße durch eine Einbahnstraße unterbunden, und zum anderen wurden hinter dem Abzweig Neukirchstraße und an der Querstraße durch den Bürgerpark Schranken eingerichtet, damit nur noch Anlieger nach Findorff und Besucher des Cafés Emma am See hindurchfahren können. Dort waren auch Hinweise angebracht, aber das Problem wiederum ist, dass diese Hinweise von etlichen Besuchern ignoriert wurden und dann weiterhin wieder im Bürgerpark geparkt wurde. Also, es hat noch nicht so richtig funktioniert, wie man sich das gedacht hat, und auch die Baumstämme, welche das Parken am Straßenrand unterbinden sollten, wurden stumpf ignoriert.

Dann kann man sagen, die angebotenen Parkplätze auf der Bürgerweide waren trotz alledem zu keinem Zeitpunkt voll ausgelastet, und das finde ich auch ärgerlich, wenn wir Parkplätze zur Verfügung stellen und die Autofahrerinnen und Autofahrer dann doch eher irgendwo illegal parken, um Parkgebühren zu sparen.

Es gibt aber auch positive Bewertungen, zum Beispiel die Entlastungswirkung, die baustellenbedingte Verkehrsführung im Bereich der Baustelle in der Findorffstraße, wodurch weniger Fremverkehr in das Viertel Bürgerweide gefahren ist als beim Freimarkt im letzten Jahr. Also, man hat schon auch positive Effekte bei der Osterwiese erreichen können.

Zum Freimarkt 2019 sollten jetzt mehrere Maßnahmen umgesetzt werden. Die wichtigste Maßnahme ist eine gegenüber dem letzten Freimarkt geänderte Verkehrsführung im Bereich der Baustelle Findorffstraße, die sich schon bei der Osterwiese bewährt hat. Dann werden entlang des Torfkanals Poller eingebracht, diese sollen, Herr Saxe, dem Baumschutz dienen – uns auch ein wichtiges Anliegen! –, die das Zuparken wirksam verhindern sollen. Außerdem brauchen wir – und das soll es auch geben – eine verstärkte Überwachung, und das Wirtschaftsressort prüft zurzeit noch eine Anpassung des Werbekonzepts.

Es wurden außerdem noch weitere Maßnahmen geprüft, wie beispielsweise eine Parkraumbewirtschaftung am Torfkanal und eine Ausweitung des Park-and-ride-Angebots. Das ist ja das, Herr Schäck, was Sie eingefordert haben. Also, ich habe hier eine lange Liste, ich kann auch gern noch einmal auf die Schnelle vorlesen, was alles geprüft worden ist, aber leider lässt sich nicht alles umsetzen. Umgesetzt werden die Verkehrslenkung Findorffstraße und das Umdrehen einzelner Einbahnstraßen.

Geprüft wurden auch eine temporäre Parkraumbewirtschaftung, Zufahrtskontrollen am Torfkanal und die Ausweitung des Park-and-ride-Angebots. Das ist nicht so einfach. Geprüft wurde das zum Beispiel bei der Waterfront oder auch am Flughafen. Jetzt wissen wir immer, eigentlich ist der Freimarkt auf der Bürgerweide extrem gut gelegen, nämlich in Bahnhofsnähe, und wir haben einen Flughafen, der so citynah ist, dass er nur, ich glaube, sechs Haltestellen vom Bahnhof entfernt ist. Eigentlich würde man für andere Städte sagen, super, da steige ich in die Straßenbahn, aber das Park-and-ride-System wird nicht so angenommen, wie wir es uns erhoffen, weil viele eben denken, wenn ich schon mit dem Auto unterwegs bin, dann fahre ich so nah heran, wie es geht. Das finde ich unsinnig, weil das Stress mit sich bringt, aber das ist erst einmal das menschliche Verhalten. Also, Park-and-Ride ist geprüft worden und soll auch – . Der Flughafen hat es auch mit der BSAG besprochen, es gibt eine Zustimmung des Flughafens und

der BSAG, aber es muss eben dann auch genutzt werden.

Was ist noch geprüft worden? Ein stadt- und verbundweites Sonderticket „Freimarkt“. Das kann die BSAG nicht allein machen, sondern nur im VBN-Verbundausschuss, und dort ist es auch platziert worden. Eine Grundsatzentscheidung und die Entscheidung über entstehende Kosten, die zu finanzieren wären, stehen aber noch aus.

Eine Angebotsausweitung der BSAG wird es auch, wie es bisher immer erfolgt ist, weiter geben, aber es hat sich offensichtlich auch herausgestellt, dass das Angebot in der Vergangenheit nicht voll ausgelastet war. Also, es wird eine Angebotserweiterung der BSAG geben.

Dann ist noch geprüft worden, ob an der Bahnfläche Hemmstraße ein Parkangebot eingerichtet werden kann. Das ist extrem teuer, da gibt es Kostenschätzungen und monatliche Mietforderungen durch die Deutsche Bahn, das ist bisher nicht finanziell darstellbar. Das also nur einmal, damit Sie sehen, womit sich die Arbeitsgruppe beschäftigt hat und was alles geprüft worden ist!

Wichtig ist mir noch einmal zu sagen, dass es am 3. September mit dem Beirat Findorff ein Treffen geben soll, bei dem der Entwurf für ein maßnahmenbezogenes Verkehrskonzept „Freimarkt“ mit Mitarbeitern des Verkehrsressorts detailliert diskutiert und erläutert wird. Ziel ist es, das Verkehrskonzept gemeinsam weiter zu optimieren und die Maßnahmen im Zuge von Osterwiese und Freimarkt in Abstimmung mit dem Beirat zu erproben und die Wirkung dann natürlich auch zu überprüfen. Wenn sich irgendetwas bewährt, dann wollen wir das wohl auch dauerhaft so einrichten.

Das Problem ist einfach, ich sage das auch noch einmal, aufgrund des rücksichtslosen Verhaltens vieler mit dem Pkw anreisender Besucher ist dieser Praxistest unumgänglich, da einer erkennbaren Ignoranz von Verkehrsregeln seitens der mit dem Pkw anreisenden Besucher entgegenzuwirken ist.

Ich appelliere einfach auch an dieser Stelle noch einmal: Liebe Freimarktbesucherinnen und Freimarktbesucher, nutzen Sie den ÖPNV, nutzen Sie das Fahrrad, aber auch, wenn Sie von außerhalb kommen, nutzen Sie den ÖPNV! Herr Strohmann, dann kann man auch etwas trinken, darauf hatten Sie ja auch hingewiesen. Es ist aber auch ehrlicherweise einfach stressfreier, wenn man Park-and-Ride nutzt, denn das eine ist der Parkdruck in den

Straßen in Findorff, aber das andere ist auch der Stress für die Autofahrerinnen und Autofahrer, wenn sie alle zur gleichen Zeit den Freimarkt oder die Osterwiese wieder verlassen wollen und dann selbst im Stau stehen. Also, nutzen Sie den ÖPNV, das würde schon extrem helfen!

Ansonsten hoffen wir, dass die Maßnahmen, die jetzt erst einmal angedacht sind, für den Freimarkt dieses Jahres greifen. Ansonsten hoffe ich aber auch, dass es trotz alledem eine schöne Freimarktszeit wird. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache [19/964 S](#), Kenntnis.

**167. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für die Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2515 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits)**  
**Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2019**  
**(Drucksache [20/2 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das 167. Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(CDU, AfD)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Die Arbeitsfähigkeit des Ortsamtes Strom für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten!**  
**Antrag der Fraktion der CDU**  
**vom 26. Juli 2019**  
**(Drucksache [20/7 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Strehl.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Awerwaser.

**Abgeordnete Awerwaser (CDU):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden heute über einen inhaltlich wohl unstrittigen Antrag meiner Fraktion, die Arbeitsfähigkeit des Ortsamtes Strom für Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Dass ein Ortsamt für die zentrale politische Arbeit vor Ort wichtig ist, wissen wir wohl alle. Doch der Umstand, dass wir diesen Antrag stellen müssen, ist symptomatisch für ein Zuständigkeitsvakuum zwischen Senatskanzlei, dem Ressort Bau und den Ressorts für Finanzen und Bildung. Ich möchte das an dem Beispiel des Ortsamtes einmal klarstellen.

Das Ortsamt Strom nutzte bis 1998 gemeinsam mit der Schule das Erdgeschoss des Gebäudes. Die Erweiterung der Schule machte es erforderlich, dass das Ortsamt in das Dachgeschoss ziehen sollte. Die dafür notwendige Sanierung nahm das damalige Hochbauamt vor, das Amt konnte damals Bauanträge stellen, bescheiden und umsetzen. Der Bauantrag wurde gestellt, jedoch nicht abschließend bearbeitet. Der Umbau fand trotzdem statt, ebenso der Umzug. Sozusagen hat die Behörde einen Schwarzbau vorgenommen. Das Gebäude ging zwischenzeitlich in die Verantwortung von Immobilien Bremen über. Zuständig ist hierfür die Finanzsenatorin oder das Finanzressort.

(Heiterkeit CDU – Abgeordneter Dr. vom Bruch {CDU}: Passt!)

Auf jeden Fall ist es alles getrennt. Es wurde weiterhin vom Ortsamt – da ist die zuständige Aufsichtsbehörde und Mieter des Gebäudes die Senatskanzlei – und der Schule – zuständig ist das Bildungsressort – genutzt. Im Zuge der Standortplanung 2016 wurde der Erhalt der Schule in Strom beschlossen.

Im Rahmen des Sanierungskonzeptes wurde im Februar 2018 das erste Mal festgestellt, dass der Brandschutz des Gebäudes nicht in Ordnung ist.

Nach 20 Jahren! Seitdem geschah nichts, weder den Brandschutz noch das Sanierungskonzept der Schule betreffend.

Ende Juli 2019 erhielt der Ortsamtsleiter ohne eine vorherige Ankündigung ein Schreiben des Bauresorts, mit dem ihm die sofortige Nutzung des Gebäudes untersagt wurde. Inhalt des Schreibens: Der Brandschutz sei mangelhaft, der zweite Rettungsweg fehle, eine Nutzung sei nicht mehr möglich, eine Sanierung unabdingbar. Doch nicht nur der Ortsamtsleiter wurde darüber nicht informiert, weder die Senatskanzlei noch Immobilien Bremen wurden im Vorfeld über den Inhalt des Schreibens in Kenntnis gesetzt. Es fand also keinerlei Abstimmung über diesen rechtlich weit reichenden Schritt zwischen den verantwortlichen Verwaltungseinheiten statt. Der Ortsamtsleiter konnte deshalb auch nicht vorher informiert werden, der Beirat war überrascht, die Mitarbeiterin des Ortsamtes war überrascht, es konnte auf die Schnelle kein neuer Raum gefunden werden.

Verstehen Sie mich bitte hier nicht falsch, ein Mangel an Brandschutz in öffentlichen Gebäuden ist ohne Frage ein Sachverhalt, der schnell behandelt werden muss. Doch dieser Mangel ist weder kurzfristig aufgetreten noch ist er kurzfristig bekannt geworden. Die Misere kurz gefasst: Zwischen der Erkenntnis, dass der Brandschutz mangelhaft ist, und dem Einschreiten des Bauresorts oder des Bauordnungsamtes sind satte 17 Monate vergangen! Seit Ende Juli wird das Ortsamt in Strom nun nicht mehr genutzt.

Mit Blick auf die lange Vorlaufzeit fragt man sich schon, ob dieser Umgang, die sofortige Nutzungsuntersagung zu veranlassen, ohne vorher die Beteiligten zu informieren, angemessen war. Besorgniserregend und unverständlich ist hierbei vor allem jedoch der offensichtlich fehlende Informationsaustausch der Verwaltungseinheiten.

(Beifall CDU)

Die ersten Gespräche über das weitere Verfahren und den Verlauf der Sanierung lassen vermuten, dass sich unter den betroffenen Ressorts dafür kein Verantwortlicher finden lässt, niemand, der das Problem des Ortsamtes und die Koordinierung der bevorstehenden Sanierung sowie den Ausbau der Schule federführend übernimmt. Direkt zu Beginn der Legislaturperiode ducken sich Bauresort, Immobilien Bremen, Senatskanzlei und Bildungsbehörde weg und lassen die ehrenamtlichen Politiker vor Ort zurück.

Bremen hat 17 Ortsämter, davon sind vier ehrenamtlich geführt. Auch das Ortsamt in Strom ist ein solches. Insbesondere dafür müssen wir da sein und das Engagement dieser Menschen erleichtern und nicht durch Behördenwirrwarr verkomplizieren!

(Beifall CDU)

Wir müssen dem Eindruck vorbeugen, die Verwaltung der Stadt Bremen nehme die Aufgaben und Rechte des Beirats am Rande der Stadt nicht ernst. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass der Antrag angenommen wird, und ich fasse ihn noch einmal ganz kurz zusammen:

Erstens fordern wir schnellstmöglich einen Ersatzraum mit akzeptabler Arbeitsausrüstung. Zweitens, um weitere Informationslücken zu schließen, bitten wir darum, dass es eine Zusammenarbeit mit allen betroffenen Ressorts und dem zuständigen Ortsamtsleiter gibt, bei dem ein realistischer Zeit- und Maßnahmenplan erstellt wird. Falls die Sanierung des Gebäudes nicht möglich sein sollte, erwarten wir einen Neubau für das Ortsamt, damit dort weiter gearbeitet werden kann.

Viertens und letztens: Mit der hier gemachten Erfahrung und der Tatsache, dass Brandschutz den Bestandsschutz kippt, fordern wir, dass in Abstimmung mit Immobilien Bremen, der Baubehörde sowie den jeweiligen Nutzern eine Sanierungsliste aller Immobilien in Ortsamts- und Beiratsnutzung erstellt und fortlaufend aktualisiert wird. – Danke!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die grüne Fraktion hat sofort gesagt, das ist ein richtiger Antrag, deswegen gibt es die Kontroverse darüber jetzt nicht. Wir werden kleine Unterschiede, glaube ich, bei der Bewertung und auch bei der Historie haben, aber vollkommen klar ist, dass es wichtig ist, dass dieses Hohe Haus hier den Beirat und das Ortsamt unterstützt, damit sie geregelt ihre ehrenamtliche Aufgabe erfüllen können. Darüber besteht Einigkeit.

(Unruhe)

Ob das jetzt ein Wirrwarr gewesen ist, das lasse ich dahingestellt, es gibt nun einmal verschiedene Zuständigkeiten. Sicherlich ist es so, dass es tatsächlich in der Kommunikation vielleicht nicht optimal gelaufen ist, dass viel zu flott erklärt wurde, ihr müsst jetzt raus und müsst erst einmal sehen, wohin ihr könnt. Das sehe ich genauso. Das Problem ist aber entstanden, als es die Umstrukturierung – –

(Unruhe)

Es ist jetzt gerade ein bisschen schwierig, hier zu reden! Es gibt eine Umstrukturierung bei der Schule, und dann wurde durch diese Umstrukturierung festgestellt, dass tatsächlich diese Baugenehmigung für den Ausbau des Dachgeschosses eigentlich nicht vorgelegen hat. Natürlich muss dann reagiert werden. Vielleicht hat man das zu spät realisiert, das kann ich nachvollziehen, aber in dem Moment, in dem fraglich ist, ob der Brandschutz dort noch gegeben ist, muss man dann sehr rasch handeln, darüber sind wir uns einig. Wenn da etwas passieren würde, könnte das am Ende sonst niemand verantworten. Deswegen entfiel eben der brandschutztechnische Bestandsschutz, und es muss eine Treppe an der rückwärtigen Seite des Gebäudes, eine Gerüsttreppe, auf den Weg gebracht werden.

Ich habe mich erkundigt, ob es denn wirklich so ist, dass sich kein Mensch darum kümmert und man sagt, Strom ist weit weg und auch so klein, da wird unsere Prioritätensetzung nicht gebraucht. Das habe ich so nicht wahrgenommen, sondern ich habe es so wahrgenommen, dass in den Ressorts ganz klar gesagt wurde, das ist jetzt ein Problem, bei dem wir prioritär tätig werden müssen. Daher glaube ich auch, dass es da eine schnelle Lösung geben wird und geben muss.

Die vorübergehende Lösung haben wir gefunden, es gibt das benachbarte Ortsamt Seehausen, das ist ja auch nicht so weit weg. Das ist jetzt nicht ideal, ich weiß auch, dass die Mitarbeiter eher mit den Zähnen geknirscht haben, aber sie haben gesagt, das kann man jetzt erst einmal in der Übergangszeit so machen. Es gibt auch das Gasthaus Spille, wo man zumindest größere Veranstaltungen machen kann. Das ist nicht ideal, aus dem Grunde muss es meiner Ansicht nach sehr schnell weitergehen.

Sie haben dann in dem vierten Punkt gefordert, dass es eine Sanierungsliste geben soll. Ich habe mich erkundigt, es gibt so eine Art Sanierungsliste. In welchem Zustand sie ist, weiß ich auch nicht, ich

glaube, darüber müssen wir uns fachlich auseinandersetzen. Es gibt ja den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiräte, da schlage ich schon vor, dass wir uns in dem Ausschuss dann wirklich einmal berichten lassen, wie es mit dieser Sanierungsliste eigentlich gehandhabt wird, damit so etwas zumindest nicht noch einmal passiert.

Ansonsten, würde ich sagen, große Zustimmung für den Antrag, danke, dass Sie ihn gestellt haben, und ich glaube, der Rückenwind hier durch die Bremische Bürgerschaft ist sehr hilfreich dafür. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Zimmer.

**Abgeordneter Zimmer (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Ich denke, es macht wenig Sinn, jetzt hier in die Debatte darüber einzutreten, wer wann wo was nicht rechtzeitig oder zügig weitergeleitet oder in die Wege geleitet hat. Das haben meine Vorredner jetzt hier getan, darum von mir ein paar grundsätzliche Gedanken darüber, wie wir uns das mit den Ortsämtern und überhaupt bei diesem Thema vorstellen.

Die 17 Ortsämter Bremens leisten gemeinsam mit den ihnen zugeordneten 22 Ortsbeiräten eine grundlegend wichtige Arbeit in Bremen. Sie sind sehr oft, gerade in einer Zeit, in der politische Entscheidungen und Institutionen intransparent beziehungsweise anonym erscheinen, erste Anlaufstelle, wenn Probleme im Viertel auftreten. Sie vernetzen Institutionen und Vereine im Stadtteil, sie sind Ansprechpartner für Initiativen im Quartier.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Strom ist kein Viertel, sondern ein Dorf!)

Diese wertvolle, in großen Teilen ehrenamtliche Arbeit in Beiräten und Ortsämtern zu unterstützen und zu fördern, ist erklärtes Ziel unserer politischen Arbeit.

(Beifall DIE LINKE)

Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Die Ortsämter müssen personell so ausgestattet werden, dass sie den gestiegenen Zuständigkeiten und Anforderungen gewachsen sind. Im ersten Schritt unterstützen wir die Ortsämter, die für mehrere Beiratsbereiche zuständig sind. Den Ausfall von Arbeitskräften, die

sich bei kleinen Organisationseinheiten sehr gravierend auswirken, wollen wir etwa mit einem Springerpool auffangen.“

Das heißt für uns, dass Ortsämter und Beiräte Arbeitsräume, die funktionstüchtig und sicher sind, direkt vor Ort zur Verfügung haben müssen – das ist selbstverständlich! – und dass sie mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sind, in Strom und natürlich überall anders auch. Den unterschwelligen Vorwurf, der aus dem CDU-Antrag zu interpretieren ist, die öffentliche Hand würde sich aus den Stadtteilen zurückziehen, weisen wir entschieden zurück! Der Vorwurf ist unredlich und falsch.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist unbestritten, dass arme und reiche Stadtteile in Bremen auseinanderdriften. Daher richten wir unsere Aufmerksamkeit vor allem dahin, wo Armut beziehungsweise Armutsrisiko vermehrt auftritt, wo Menschen bei der Bewältigung ihres Alltages mehr Unterstützung, auch institutioneller Art, brauchen als anderswo.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Also sind Sie nicht für ganz Bremen zuständig?)

Ein schönes Beispiel für gemeinsames politisches, soziales Engagement in Gestalt von Bürgerinitiativen, Ortsamt und Beirat ist aktuell in der Bremer Neustadt zu sehen. Dort wehren sich Menschen vermehrt gegen diverse Bauvorhaben, gegen die Zurichtung – besser: Zerstörung! – ihres Stadtteils durch Großinvestoren, andere nennen sie Immobilienhaie. Sie wollen an vielen Orten nicht länger hinnehmen, dass bezahlbarer Wohnraum verschwindet und ein Luxuswohnblock nach dem anderen entsteht.

Konkret kämpfen Anwohnerinnen und Anwohner für selbstverwaltete Wohn-, Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten auf dem ehemaligen Hachez-Gelände. In diesem Ansinnen werden sie vom Beirat Neustadt und vom Ortsamt durch Anfragen beziehungsweise Initiativen aktiv unterstützt, ein Beispiel, welches für viele steht und zeigt, dass die Menschen in den Stadtteilen ihre Ortsämter beziehungsweise Beiräte auch als Korrektiv gegen eine zwar Dicht-dran-, aber irgendwie auch Weit-weg-Landesregierung beziehungsweise -Bürgerschaft sehen, wahrnehmen und nutzen. Das ist für uns, DIE LINKE, eine der vorrangigen Aufgaben, solche Institutionen in der kommunalen Selbstverwaltung

zu stärken. Sie unterstützen beziehungsweise fördern Menschen in der politischen Willensbildung, sie sind daher für den emanzipatorischen Prozess von enormer Wichtigkeit.

Wir sind angetreten, Ortsämter, Beiräte, Stadtteilparlamente zu stärken und zu unterstützen. Daher unterstützen wir den Antrag. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach der Grundsatzfrage, wie wir Ortsämter sehen, werden wir mit diesem Antrag nicht gefragt, aber dass sie uns am Herzen liegen und wichtig sind, können wir mit der Zustimmung zum Ausdruck bringen, und wir Freien Demokraten wollen das sehr gern.

(Beifall FDP)

Warum wollen wir das? Weil nicht der Eindruck entsteht – und so verstehen wir den Antrag der Union –, dass man sich aus Stadtteilen, aus Ortsteilen zurückzieht, dass man sie nicht ernst nimmt! Das ist gerade dort wichtig, wo wir Beiräte haben, die ehrenamtlich tätig sind, und Ortsamtsleiter, die ehrenamtlich tätig sind. Das haben wir dort, wo wir noch dörfliche Strukturen haben, im Blockland, in Seehausen und Strom und in Oberneuland haben wir diese historischen Gebiete, die früher vom Landherrnamt verwaltet wurden. Da hat es auch noch funktioniert, Schulen zu bauen und Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Jetzt haben wir mit dem Senat eine Verwaltung – das ist ja dankenswerterweise von der Kollegin dargestellt worden –, die sich so weit zergliedert hat, dass sie nicht mehr miteinander arbeitet, nicht mehr in der Qualität zusammenarbeitet, wie wir es brauchen, um solche Dinge zu gestalten. Das ist es, was hier zu Recht kritisiert wird und auch kritisiert werden muss. Die Verwaltung muss doch wie Zahnräder geschmiert miteinander arbeiten können, damit solche –.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Schlechte Worte, geschmiert und Verwaltung!)

Maschinenbauer haben solche Worte, Herr Kollege Fecker. Ich meine damit, dass es ineinander greifen muss, damit hier in einem Miteinander eine Arbeit geleistet werden kann und nicht solche Fehler passieren, dass Bauanträge gestellt, aber nicht bear-

beitet werden, dass dann Jahre später Dinge hochkommen, die dazu führen, dass man sich fragt, ob dort nie ein Behördenvertreter zu Besuch war, der gesehen hat, dass dort kein zweiter Fluchtweg ist, der sich fragt, was dort gebaut worden ist. Da muss man dann am Ende sagen, hier muss schnell Abhilfe geschaffen werden.

Ich kann auch verstehen, dass dann Sicherheit vorgeht und die Situation so ist, wie sie ist. Man kann ja nur dankbar sein, dass die Kollegen in Seehausen im Moment mit Räumlichkeiten aushelfen und dort als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Das ist aber die Frage, die gelöst werden muss, damit das nicht ein Dauerzustand wird, sondern Bremen auch in Strom wieder repräsentiert wird und Bremen dort vor Ort ist.

Da muss dann auch geschaut werden, dass diese Schule, die das ja eigentlich hauptsächlich ist, auch in einem entsprechenden Zustand ist, denn wir haben dort ja überall Sanierungsstau und nicht nur die Brandschutzfragen zu klären. Diesen Sanierungsstau systematisch abzarbeiten, nicht nur für Ortsämter, sondern für alle öffentlichen Gebäude, das ist, glaube ich, die große Aufgabe des Senats, die jetzt ansteht, und da gehört dies hier als Mosaikstein dazu. Dass das lange vernachlässigt worden ist, kann ich nachvollziehen, weil der Senat, anders als die Freien Demokraten, diese Schule lange Zeit aufgeben wollte. Da das dann aber irgendwann umgestellt worden ist, muss man dann auch entsprechend handeln und Geld in die Hand nehmen, damit solche Situationen nicht eintreten und nicht dauerhaft sind.

Anders als die Kollegin von der Union gerade sind wir auch bei allen Punkten dabei. Den Punkt drei interpretieren wir aber so, dass es nicht ein Neubau sein muss, sondern nur ein geeigneter Raum. Es kann auch ein anderer Raum sein, deswegen stimmen wir auch mit großer Freude zu, weil wir wollen, dass auch Strom, wie alle anderen Orts- und Stadtteile, eine vernünftige Verwaltung mit einem Ortsamt hat, das den Namen auch verdient. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bredehorst.

**Abgeordnete Bredehorst (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Die Arbeitsfähigkeit des Ortsamtes Strom muss natürlich gewährleistet werden. Die

Ortsämter sind das Ohr und das Herz der Stadtteile, sie sind der kürzeste Weg, der Mittler zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik auf Stadtteilebene. Für die SPD stehen die Bedürfnisse der Bremerinnen und Bremer und hier natürlich der Stromerinnen und Stromer an erster Stelle.

(Beifall SPD)

Daher ist es uns als SPD und unseren Koalitionspartnern egal, von wem der Antrag kommt, denn er beschreibt gute Schritte, die getan werden müssen, damit das Ortsamt Strom schnell wieder arbeitsfähig sein kann. Es ist keine Kür, sondern eine Pflicht, dies zu gewährleisten!

(Beifall SPD)

Daher bin ich froh, dass Immobilien Bremen – anders, als Frau Averwieser es wahrgenommen hat – sehr schnell gehandelt und mit dem Ortsamt Strom eine Übergangslösung gefunden hat, damit die Arbeit dort weitergehen kann, bis eine endgültige Lösung gefunden ist. An dieser Stelle möchte ich sagen, dass wir Ihren Antrag als SPD unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Strehl.

**Senator Strehl:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe meinen Staatsrat gefragt, was da eigentlich passiert ist, aber er ist leider nicht mehr im Amt, darum musste ich meine Verwaltung fragen. Ich glaube, ich möchte mich zuerst für diesen Vorgang entschuldigen, ich glaube, für die gesamte Verwaltung. Das ist ärgerlich, was da passiert ist. Ich möchte aber auch gleichwohl sagen, man sollte nicht übertreiben. Die Verwaltungsteile, die dort zusammenarbeiten, haben bis auf einen wichtigen Punkt gut zusammengearbeitet, und das war der Punkt, der wirklich auch schwierig ist und an dem auch geändert werden muss, nämlich die Nachricht, dass man aus Brandschutzgründen das Büro stilllegen muss.

Ich habe Verständnis für diese Entscheidung – das haben Sie auch in Ihrem Antrag formuliert –, es ist von dem Menschen, der das entscheiden muss, völlig korrekt, das so zu entscheiden aber wir müssen in der Kommunikation durchaus besser werden. Der Hintergrund dieser Baumaßnahme – und einige kennen das ja auch – ist auch gerade genannt worden. Die Schule dort war nach unserer Ansicht

vor drei oder vier Jahren tatsächlich schwierig sanierbar, zumindest mit großem Aufwand, und wir haben überlegt, ob es nicht andere Lösungen gibt. Das ist auch meine Position damals als Staatsrat gewesen, und es war auch die Position von Immobilien Bremen und auch die Position der Haushälter.

Wir haben uns dann aber überzeugen lassen, dass es für den Stadtteil Strom ein großer Fehler wäre, diesen Standort aufzugeben. Wir haben dann gleichzeitig gesagt, alles was getan werden muss, um dieses Gebäude in ordentlichen Zustand zu bringen, muss getan werden. Dann ist aufgefallen, dass das Dachgeschoss tatsächlich keine vernünftige bauordnungsrechtlich abgesicherte Baugenehmigung hat. 20 Jahre lang hat aber auch keiner nachgesehen. Das ist manchmal auch so bei solchen Baumaßnahmen. Das wurde geändert. Immobilien Bremen hat schnell reagiert, hat einen Änderungsantrag gestellt, hat den Änderungsantrag übrigens auch mit dem Ortsamtsleiter abgesprochen, und das Ergebnis war dann diese Kommunikationsspanne, wofür ich mich, wie gesagt, entschuldigen möchte.

Wir sind, das ist auch gerade schon einmal angedeutet worden, weit davon entfernt, dass wir Beiratsarbeit eingrenzen wollen. Wir sollen und wollen sie sogar ausbauen, das haben die Parteien auch entschieden, auch im Koalitionsvertrag steht es. Wir wollen natürlich auch die Gebäude, bei denen es notwendig ist, sanieren. Immobilien Bremen ist jetzt auch gerade mit Hochdruck sowohl mit der Senatskanzlei als auch mit dem Ortsamtsleiter vor Ort in Gesprächen, um das schnell zu lösen. Jetzt gibt es wahrscheinlich in Strom nicht viele öffentliche Gebäude. Ich kenne das ja auch ein bisschen, ich wohne praktisch in der Nachbarschaft, in Grolland. Es muss aber natürlich trotzdem Möglichkeiten geben, das hinzubekommen. Die beste Lösung, die wir wollen, ist, dieses Gebäude so zu sanieren, dass das Ortsamt auch oben im Dachgeschoss bleiben kann. Ich habe extra noch einmal nachgefragt, es gibt bisher keine Ansagen, dass das nicht funktionieren kann. Es muss jetzt ordentlich geplant werden,

(Glocke)

und dafür bitte ich dann auch noch um ein bisschen Nachsicht, das kostet ein bisschen Zeit, aber wir wollen den Weg gehen.

**Vizepräsidentin Grotheer:** Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Imhoff?

**Senator Strehl:** Bitte!

**Vizepräsidentin Grotheer:** Bitte, Herr Abgeordneter!

**Abgeordneter Imhoff (CDU):** Vielen Dank, Herr Senator! Sie haben gerade gesagt, Sie möchten das schnellstmöglich oder schnell umsetzen, dass wieder alles in gewohnten Bahnen laufen kann. Wenn man den Hintergrund kennt, dass das Übergangsortsamt jetzt in Seehausen ist, das keine öffentliche Busanbindung hat, wo kein Nahverkehr vorhanden ist, das über mehrere Kilometer mit dem Fahrrad überhaupt nur erreichbar ist, also sehr beschwerlich, dann stellt sich natürlich die Frage: Was bedeutet denn schnell? Haben Sie einen Zeitstrahl, den Sie ungefähr verfolgen, denn die Bürger können zu den Öffnungszeiten eigentlich nicht mehr ins Ortsamt hinein?

**Senator Strehl:** Ich weiß nur, dass alle zusammen besprochen haben, welchen Zeitplan sie einhalten wollen und einhalten können. Diesen Zeitplan habe ich jetzt aber nicht vorliegen, eine Zeit dauert das schon, bis die Planung so deutlich ist, dass wir dort die Maßnahmen durchführen können, da geht es ja vor allen Dingen um die Außentreppe. Das scheint mir jetzt nicht das größte Problem zu sein. Das muss zumindest noch gemacht werden.

**Vizepräsidentin Grotheer:** Herr Imhoff, haben Sie noch eine Zwischenfrage?

**Abgeordneter Imhoff (CDU):** Eine noch, wenn ich darf!

**Vizepräsidentin Grotheer:** Bitte!

**Abgeordneter Imhoff (CDU):** Herr Senator, besteht für Sie auch die Möglichkeit, oder sehen Sie auch eine Möglichkeit darin, dass man eventuell in Strom selbst eine Räumlichkeit anmietet, um dementsprechend dort die Arbeiten des Ortsamtes sicherstellen zu können, damit die Menschen auch kurze Wege zu ihrem Ortsamt haben?

**Senator Strehl:** Selbstverständlich! Wenn es Möglichkeiten gibt, warum soll das nicht funktionieren? Ich nehme das auch noch einmal mit. Sie kennen die Örtlichkeiten aber besser als ich, insofern kann man sicherlich darüber diskutieren.

(Abgeordneter Imhoff [CDU]: Danke schön!)

Das, finde ich, ist kein Problem. — Danke schön!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der CDU mit der Drucksachennummer [20/7 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 107 (in Teilen zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von 39 Einfamilienhäusern für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen**  
**- Am Rauchs Gut,**  
**- Auf dem Hohen Ufer und**  
**- östlich Finkenschlag**  
**Mitteilung des Senats vom 20 August 2019 (Drucksache [20/16 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 107 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(AfD)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Bebauungsplan 1569 für ein Gebiet in Bremen – Vegesack zwischen**  
**- Verbrauchermarkt an der Meinert-Löffler-Straße,**  
**- Meinert-Löffler-Straße**  
**- Gleisanlagen der Farge-Vegesacker Eisenbahn und**  
**- dem Teich an der Friedrich-Schröder-Straße**  
**Mitteilung des Senats vom 20. August 2019 (Drucksache [20/17 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(AfD)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Umsatzkiller und Stressfaktor Baustellen – Baustellenleitfaden und Maßnahmenkatalog für ein effizientes und erfolgreiches Baustellenmanagement**  
**Antrag der Fraktion der FDP vom 21. August 2019 (Drucksache [20/19 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster erhält das Wort der Abgeordnete Schäck.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Meine zweite Rede in diesem Parlament, wie schön! Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass Baustellen und Bauarbeiten sein müssen, um Verkehrswege in

Ordnung zu halten, um sinnvollere Verkehrsführungen zu schaffen oder auch neue Angebote zu ermöglichen.

Bremen hat hier einiges aufzuholen, und ich persönlich bin relativ froh, dass hier an vielen Stellen in vielen Stadtteilen mittlerweile vieles passiert. Die Frage ist nur, wie man das macht, und wie man das Ganze umsetzt. Man bekommt in Bremen zunehmend das Gefühl, dass einfach irgendwo irgendetwas gesperrt und dann einmal geschaut wird, wie sich das Ganze auf den Straßenverkehr auswirkt. Mir drängt sich dann oft der Eindruck auf, dass das so eigentlich nicht gewollt sein kann, sondern es liegt vermutlich an fehlender Abstimmung oder einem fehlenden zentralen Managementsystem.

Wir von der FDP sind der Meinung: Das geht besser! Das geht besser für die vielen Tausend Bürgerinnen und Bürger, die ihren Feierabend dann statt im Stau mit der Familie verbringen können, das geht aber auch für die vielen Gewerbetreibenden besser, die aktuell oft schlagartig von Kunden oder Warenlieferungen abgeschnitten werden.

(Beifall FDP)

Das bedeutet dann konkret, dass der Lkw die Ware dann oft nicht mehr direkt an den Laden liefern kann, das bedeutet dann, dass beim kleinen Café vor der Tür auf einmal monatelang überraschend Stau entsteht und die Gäste wegbleiben, das bedeutet aber auch, dass Kunden nicht mehr vernünftig zu den Ladengeschäften kommen und dann woanders einkaufen, was diese Geschäfte oft in existenzbedrohende Situationen bringt. Daran hängen dann letztendlich auch Arbeitsplätze.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen fordern wir einerseits einen Baustellenleitfaden und andererseits einen Maßnahmenkatalog, wie die Gewerbetreibenden zukünftig einerseits frühzeitiger und andererseits vor allem auch besser vor diesen Baumaßnahmen geschützt werden können.

(Beifall FDP)

Das heißt für uns konkret, dass man sich vor den Baumaßnahmen mit den negativen Auswirkungen auseinandersetzt, die die jeweilige Baumaßnahme auf die Gewerbetreibenden vor Ort hat, und versucht, diese so weit wie möglich zu reduzieren. Das bedeutet aber auch, dass die rund 1 200 Baustellen,

die wir in Bremen im Jahr haben, und insbesondere die Baustellen, die noch bevorstehen, frühzeitig zu überprüfen, auf ihre Auswirkungen hin zu bewerten und im Vorfeld besser zu koordinieren sind.

Als Drittes fordern wir eine softwaregestützte Baustellensimulation, die es im Vorfeld ermöglicht, die Baustellenlogistik zu optimieren und auch Verkehrsflüsse zu simulieren.

(Beifall FDP)

Der Baustellenleitfaden und die Maßnahmen, die wir dann dort durchführen wollen, lassen sich anschließend in ein modernes digitales Baustellenmanagementsystem integrieren, welches gerade nicht nur als Koordinationsplattform dient, sondern auch den Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten unterstützt.

Wenn Ihnen, so wie uns, die vielen kleinen und mittleren Gewerbetreibenden in dieser Stadt und damit Existenzen von Bremerinnen und Bremern am Herzen liegen, dann bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Auf Baustellen können wir leider nicht immer verzichten, wir können aber gemeinsam im Sinne der Stadt dafür sorgen, dass die notwendigen Baumaßnahmen zumindest schnell koordiniert und effizient ablaufen, sodass die Belastungen für alle Beteiligten, für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Gewerbetreibenden vor Ort, so gering wie möglich gehalten werden.

Am Ende wird, glaube ich, durch diesen Antrag wenig schlechter, aber es wird vieles besser und koordinierter, und das kann – übrigens auch fraktionsübergreifend – eigentlich nur in unser aller Interesse sein. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächster Redner hat der Abgeordnete Magnitz das Wort.

**Abgeordneter Magnitz (AfD):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schäck, ich möchte an das anknüpfen, was Sie gesagt haben: Ich bin nicht ganz so positiv gestimmt wie Sie. Ich glaube, dass es nicht nur mangelnde Koordination oder mangelnde Abstimmung ist, ich glaube sogar, dass teilweise System dahinter steckt, wie schlecht sich das hier darstellt und wie schlecht es gehandhabt wird.

Wir von der AfD sind der Überzeugung, dass es gleichberechtigte Teilnahme am Verkehr für alle

Teilnehmer geben muss. Es darf keine Bevormundung und keine Verbote geben. Es darf insbesondere keine klimahysterischen Maßnahmen und Einschränkungen geben. Das gehört grundsätzlich in die Betrachtung mit hinein. Verkehrsplanung und damit auch Baustellenkoordination dürfen keiner abgehobenen Ideologie folgen. Ich möchte einfach einmal daran erinnern, dass wir viele Dinge vielleicht besser und einfacher gestalten können, als wir das im Moment tun. Wenn wir uns einmal ein bisschen zurückerinnern, dann wissen wir alle, es gab einmal so etwas wie grüne Wellen. Ich wusste keine einzige Stelle in Bremen, an der die noch existiert oder funktioniert. Ich meine, dass wir schon eine ganze Menge erreichen würden, wenn wir so etwas wieder einführen würden.

Dass so etwas funktioniert und geht, dazu möchte ich ein Beispiel anführen: Ich erinnere mich daran, dass vor einigen Jahren der Ihlpohler Kreisel umgebaut wurde, er wurde rückgebaut, er wurde zu einer Ampelkreuzung umgebaut. Ich hatte größte Bedenken. Ich habe gedacht, ganz Europa rüstet auf Kreisel um, und wir rüsten einen Kreisel zurück und machen daraus wieder eine Kreuzung.

Es war allerdings so, dass vorher ein Jahr lang sehr intensiv Verkehrszählungen gemacht worden sind, dann wurde für die Ampelsteuerung ein Programm geschrieben, und siehe da, oh Wunder: Als dann dieser Kreisverkehr verschwunden war und die Kreuzung installiert war, funktionierte sie ganz hervorragend. Ich will das als Beispiel dafür anführen, dass so etwas durchaus möglich ist. Wir können den Verkehr in der Stadt wirklich wieder fließen lassen, wenn wir es nur wollen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Ein weiterer Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist die Lage am Fluss, die Bremen ja nun einmal hat. Wir haben in Bremen drei parallel zum Fluss verlaufende Verkehrsachsen. Der Heerstraßenzug ist konsequent eingebremst worden durch die Reduzierung auf zwei Fahrbahnen inklusive der Bushaltestellen. Hinter jedem Bus, der dort hält, staut sich der Verkehr, an vielen Stellen ist es zumindest so. Die Hafenrandstraße ist gekennzeichnet durch dauernd wechselnde Baustellen und teilweise Dauerbaustellen.

Dann kommen wir zur A27: Die A27 ist sicherlich der wichtigste Verkehrszug, und da haben wir seit einiger Zeit die große Freude der Baustelle Lesumbrücke. Da stellt sich für mich einfach die Frage, warum braucht es Monate, um die Stahlqualität zu untersuchen? Ist die Stahlqualität unbemerkt, also

fast über Nacht, so schlecht geworden, dass die Brücke einsturzgefährdet ist, oder warum sollte man nicht längst wenigstens eine Richtungsfahrbahn in Richtung Stadt wieder auf die andere Brücke verschwenken? Das würde die Situation an der Baustelle wesentlich entspannen. So haben wir eine tägliche Behinderung für Tausende Menschen aus Bremen-Nord, aus den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz-Scharmbeck, aus Bremerhaven; und ich weiß nicht; wie viele noch.

Noch ein letztes Wort zum Baustellenmanagement in Bremen: Ich meine, man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass drei Kriterien erfüllt sein müssen. Erstens, die Baustelle muss möglichst stark den Autoverkehr behindern, zweitens, die Baumaßnahme muss möglichst lange dauern, drittens, das erzielte Ergebnis nach Fertigstellung sollte behindernder sein als der Ausgangszustand.

Fazit: Jede Baustelle ist eine erzieherische Maßnahme, deren pädagogischer Sinn in der Vermittlung der Erkenntnis besteht, dass Individualverkehr, zumindest der motorisierte, zu unterlassen ist. Genau davon, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir weg. Wir müssen den Verkehr wirklich wieder zum Fließen bringen, zugunsten aller, die täglich darunter leiden. – Danke!

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt muss ich vorweg doch ein paar grundsätzliche Dinge sagen. Ich will nicht sagen, dass ich irgendwie fassungslos bin, aber ich bin doch über die grundsätzliche Fachlichkeit sehr verwundert. Wenn man in die Straßenverkehrsordnung hineinschaut, besteht dieses Regelwerk natürlich auch aus Bevormundungen und Verboten, sonst würden diese Straßenverkehrsordnung und der Verkehr in diesem Land überhaupt nicht funktionieren. Deswegen wundere ich mich sehr darüber. Es geht um Verkehrssicherheit. Es geht nicht nur darum, dass der Verkehr frei fließen muss, sondern es geht auch um die Sicherheit der Menschen, die am Verkehr teilnehmen, es geht darum, dass sie nicht zu Schaden kommen. Auch das ist ein Anliegen, das diese Straßenverkehrsordnung hat, deswegen kann ich dieses grundsätzliche Verständnis, dass hier Gesetzlosigkeit auf den Straßen herrschen soll und dass alles frei fließen kann, wirklich nicht verstehen.

Zum Thema grüne Wellen möchte ich noch sagen: Natürlich gibt es in dieser Stadt grüne Wellen. Wir haben eine ÖPNV-Vorrangschaltung, die auch weitestgehend gut funktioniert. Wir haben sogar eine grüne Welle für den Radverkehr in der Rembertstraße, und wir haben sehr viele grüne Wellen, die auch in dieser Stadt funktionieren. Da muss man nur einmal zur Verkehrsleitzentrale gehen und sich darüber informieren, und damit möchte ich es wirklich bewenden lassen, auf diesen aus meiner Sicht peinlichen Beitrag noch weiter zu reagieren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich will auf den FDP-Antrag eingehen. Damit haben wir uns zuerst schwergetan: Was machen wir mit dem eigentlich? Überweisen wir ihn, oder lehnen wir ihn ab? Wir haben dann gesagt: Okay, dahinter steckt zwar eine Haltung, die nicht meine ist und auch nicht die meiner Fraktion, wir erkennen aber an, dass darin auch richtige Sachen stehen. Ich finde, es hat dann auch eine gute Tradition, dass man, wenn von demokratischen Parteien hier im Hause Ideen kommen, über die man reden kann, darüber in der Verkehrsdeputation weiter miteinander diskutiert und sich dann auch vielleicht einmal grundsätzlich über die Haltung austauscht.

Baustellenmanagement, dabei geht es ja auch um die schwächeren Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen. Das habe ich vermisst. Ich möchte, wenn wir Baustellenmanagement machen, Verkehr gesamtkonzeptionell denken. Da spielen natürlich Fußgänger und Fußgängerinnen sowie Radfahrer und Radfahrerinnen als schwächere Verkehrsteilnehmer und deren Sicherheit eine große Rolle, und das ist für mich in dieser Stadt ein großes Manko. Es gibt Baustelleneinrichtungen, da ist der Fuß- und Radverkehr am Ende eine Fußnote, das holt man dann da irgendwie herein, diese Leute haben es dann schwer, und die Sicherheit wird ganz eindeutig dadurch beeinträchtigt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Also, es ist vernünftig, sich in der Fachdeputation damit zu beschäftigen, weil ich auch anerkenne, dass natürlich die Stauproblematik in diesem Land wie überall in Deutschland von einem besonderen öffentlichen Interesse ist. Die zuständige Fachdeputation, das muss ich auch ganz klar sagen, ist nicht diejenige für Wirtschaft, sondern um den Verkehr kümmert sich immer noch das Ressort der

Bürgermeisterin. Darauf würde ich auch ganz eindeutig Wert legen, dass wir uns das dann fachlich in der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung ansehen.

Wir haben ja schon viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, es soll eine geodatenbasierte Baustellenkoordination eingerichtet werden, um durch optimiertes Management Staus und Belastungen zu verringern. Die Öffentlichkeit soll über eine transparente Internetseite frühzeitig über beschlossene beziehungsweise beauftragte Maßnahmen, ihren Beginn und auch das Bauende informiert werden. Das ist, glaube ich, kompatibel zu den FDP-Forderungen, aber uns ist es ganz wichtig – und das wird die Staus vielleicht ein bisschen verstärken –, wenn man es komfortabler für die Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer und auch für den ÖPNV macht, wofür wir sind. Allerdings gibt es immer diesen Interessenkonflikt, man kann nicht alle gleichzeitig schnell machen. Ich finde es auch wichtig, da mehr miteinander ins Gespräch zu gehen. Ich glaube, es gibt mit allen Beteiligten einmal im Jahr ein Gespräch darüber, wie man denn die Baustellenkoordination machen kann. Da habe ich schon von der Senatorin gehört, dass sie sich vorstellen kann, da immer im Gespräch zu bleiben. Das finde ich persönlich sehr gut. Es sind Stellen ausgeschrieben worden, darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig, da muss mehr Personal vorhanden sein. Aus dem Grunde glaube ich, dass wir auf einem guten Weg sind.

Warum sind die Staus in Bremen denn nun tatsächlich mehr geworden? Das hat verschiedene Ursachen. Bremen war zehn Jahre lang in dem Tom-Tom-Stauindex, ich sage einmal, Spitzenklasse, und zwar Spitzenklasse in dem Sinne, dass es weniger Staus als in anderen Städten gab. Auf der A 1 hat sich die Staustundenzahl von 2017 auf 2018 von 3 025 auf 6 988 Stunden erhöht. Wir haben eine ganze Reihe Baustellen, die privat motiviert sind, also das City Gate, GEWOBA oder Kühne + Nagel. Da wissen wir schon, dass da viel gebaut wird und dass sich dann auch viel gestaut wird. Ich glaube trotzdem, das Entscheidende zur Stauvermeidung ist – das habe ich vorhin schon einmal gesagt – natürlich die Anzahl der Autos, die auf der Straße sind. Sie können noch mehr Verkehrswege bauen. Sie können noch mehr versuchen, Innovationen zu haben und besseres Management zu machen. Solange es zu viele Autos auf der Straße gibt, wird es auch zu viel Stau geben, und das ist das Entscheidende, das wir, glaube ich, auch als Koalition miteinander angehen wollen. Wir wollen den Anteil des Autoverkehrs in Bremen deutlich reduzieren.

Wir wollen die Angebote für die Verkehrsträger des Umweltverbundes sehr viel attraktiver machen. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Schiemann das Wort.

**Abgeordnete Schiemann (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Keine Frage, Baustellen nerven. Staus durch Straßenbaustellen sorgen gerade in den Städten für Stress bei Autofahrerinnen und Autofahrern, aber auch denjenigen, die mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind. Keine Baustellen zu haben, nervt aber auch, nicht kurzfristig, sondern auf lange Sicht, denn Baustellen zeigen auch, dass sich etwas tut, dass etwas geschieht, dass Straßen saniert werden und die Infrastruktur erweitert und verbessert wird.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Auch die beste Planung kann es nicht vollständig ändern, Baustellen werden auch in Zukunft nerven, aber als Koalition haben wir uns vorgenommen, den Nervfaktor deutlich zu senken,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

und zwar unter anderem, indem wir durch ein entsprechendes Baustellenmanagement nicht nur Arbeiten an verschiedenen Straßenstücken und Orten besser aufeinander abstimmen, sondern auch transparent darüber informieren. Dabei haben wir, wie die FDP, die darauf in ihrem Antrag den Hauptfokus legt, natürlich auch die Gewerbetreibenden im Auge, aber auch in erster Linie die Menschen, die ja einfach „nur“ leben und sich in unserer Stadt bewegen, denn Baustellen nerven nicht nur Gewerbetreibende oder Autofahrerinnen und Autofahrer, Baustellen nerven auch Radfahrrinnen und Radfahrer und Fußgängerinnen und Fußgänger, die sich im Abgas stehender Autos bewegen müssen. Deshalb ist für uns als Koalition wichtig: Ja, wir müssen an dieses Thema herangehen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

gerade auch weil wir wissen, dass buchstäblich noch einige Baustellen auf uns warten, denn um unsere Infrastruktur zu erhalten und auszubauen, wird es in Zukunft eher mehr als weniger Arbeiten geben und sogar geben müssen.

Nun ist es aber nicht so, dass heute einfach nur begonnen wird, sondern es ist mittlerweile selbstverständlich, dass beispielsweise Kanalsanierungen und nötige Straßenbaumaßnahmen möglichst in einem Zuge erledigt werden, und natürlich wird auch darauf geachtet, Hauptverkehrsachsen, die sich gegenseitig entlasten könnten, möglichst nicht zeitgleich mit Baustellen zu belegen. Insofern ist es nicht fair, so zu tun, als ob es momentan das einzige Ziel der Planer sei, möglichst die Stadt lahmzulegen, denn schon heute ist das Gegenteil der Fall.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wie es aber so schön heißt, nichts ist gut genug, um nicht verbessert werden zu können, und genau deshalb haben wir uns auch im Koalitionsvertrag etwas vorgenommen: Wir werden unter anderem eine geodatenbasierte Baustellenkoordinierung einrichten und durch ein optimiertes Management Staus und Belastungen verringern. Außerdem wollen wir die Öffentlichkeit frühzeitig, auch online, über beschlossene und beauftragte Maßnahmen informieren, mit genauer Angabe von Start und Ende der Bauvorhaben.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Zudem wollen wir bei der Baustelleneinrichtung in Zukunft insbesondere auch den Fuß- und Radverkehr in den Fokus nehmen. Rad- und Fußwege dürfen nicht Arbeits- oder Ablageflächen für den Straßenbau sein.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es reicht nicht, nur ein paar Warnbaken aufzustellen, sondern wir wollen sicherstellen, dass nicht nur Autofahrerinnen und Autofahrer, sondern auch die übrigen Verkehrsteilnehmer möglichst wenig durch Straßenbaustellen belastet werden.

Fakt ist aber auch, es wird sich auch in Zukunft bei Baumaßnahmen nicht vollständig vermeiden lassen, dass der Verkehr stockt. Zusammen mit weiteren Maßnahmen zur Förderung der Verkehrsvermeidung und -verlagerung soll aber ein neues optimiertes Baustellenmanagement in ein Anti-Stau-Konzept münden und für einen besseren Verkehrsfluss sorgen. Insofern sind wir von den Forderungen des FDP-Antrags in Teilen gar nicht so weit entfernt. Vieles davon findet sich längst in unserem Koalitionsvertrag, daher hoffe ich, dass Sie uns bei der Diskussion über die geplanten Verbesserungen konstruktiv unterstützen, wenn wir diesen Antrag

in die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung überweisen, um das Thema dort weiter zu bearbeiten.

Um es klar zu sagen, ich glaube, dass es bei dem Thema durchaus noch Luft nach oben gibt, auch was die zeitlichen Abläufe angeht. Jeder hat beispielsweise schon einmal den Kopf geschüttelt, wenn er an einer frisch eingerichteten, abgesicherten Baustelle vorbeikommt und erst einmal einige Tage ins Land gehen, bis dort tatsächlich gearbeitet wird oder es den Anschein macht, dass sich zwischendurch tagelang gar nichts tut, während sich der Verkehr weiterhin an der Absperrung vorbeiquält. Auch das sind Situationen, die sich durchaus verändern und verbessern lassen.

Ich glaube tatsächlich, dass sich die Dinge zum Positiven verändern können, aber am Ende muss auch klar sein: Baustellen sind per se nichts Schlechtes, sondern letztlich ein Zeichen dafür, dass es vorangeht, und wir wollen alle dafür sorgen, dass genau das in Zukunft noch besser koordiniert passiert. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

**Abgeordneter Schumann (DIE LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Gemeinsamkeit habe ich mit meinem Kollegen von der FDP, ich bin hier heute auch das zweite Mal neu am Mikrophon, aber ich befürchte glatt, dass das die einzige Gemeinsamkeit heute sein wird.

Klar ist, dass der Antrag der FDP ein Thema aufgreift, welches gerade aktuell ist. Es wird im bremsischen Straßenverkehr, das haben auch meine Vorredner schon gesagt, sehr viel gebaut, und damit sind für Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer Einschränkungen verbunden, aber eben auch für Anwohnerinnen und Anwohner und auch für Gewerbetreibende.

Der Antrag der FDP hat besonders die Gewerbetreibenden im Blick. So sollen laut dem Antrag finanzielle Entlastungsmöglichkeiten für betroffene Gewerbetreibende geschaffen werden, und natürlich soll eine ressortübergreifende Marketingstrategie entwickelt werden. Für uns ist der Blick auf die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer und auf die Anwohnerinnen und auf die Anwohner mindestens genauso wichtig, das haben

aber meine Vorrednerinnen und -redner genauso gesehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Hier fordert die FDP einen behördenübergreifenden Bauleitfaden und – ganz modern! –, ein digitales Baumanagementsystem. Nun bin ich schon über 60 Jahre alt und bei solchen Vokabeln immer so ein bisschen nervös gestimmt, aber wir müssen nun feststellen, der Ruf nach einer besseren Planung ist immer gut, zum Teil auch wohlfeil. Die aktuelle Baustellenhäufung ist mit einem zehnjährigen Sanierungsstau verbunden, der viele Bauvorhaben unumgänglich macht. Es gibt strukturelle Ursachen wie den Umstand, dass die beauftragten Baufirmen – und das weiß keiner besser als ich! – aufgrund ihrer nicht vorhandenen Vakanzzeiten auch schwer zu koordinieren sind. Wer heute mit Bauen zu tun hat, der weiß, dass die Firmen eher uns erzählen, wo es entlanggeht, und wir als Auftraggeber schon lange keinen Einfluss mehr nehmen können.

Die FDP scheint sich davon aber viel Größeres zu versprechen: eine Verkehrssteuerung, eine Koordination, eine Informationsplattform, und das alles digital. Das scheint uns deutlich über das hinauszugehen, was zurzeit im digitalen Baustellenmanagement machbar ist.

Insgesamt ist der Antrag der FDP aus den genannten Gründen für uns heute nicht zustimmungsfähig, aber trotzdem – meine Vorrednerin hat das ja erwähnt – ist selbst in unseren Koalitionsvertrag geschrieben worden, dass wir die Baustellenkoordination verbessern wollen. Wer das einmal nachlesen will, dass auch wir das ändern wollen, es steht auf Seite 37, Randnummern 1531 bis 1538. Ich sage das, weil ich letztes auf einer sehr illustren Veranstaltung war, auf der ein prominenter Politiker in die Runde gefragt hat, wer denn den Koalitionsvertrag gelesen habe, und da gingen neben meinem kleinen Finger nur wenige Finger in die Höhe.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Aus diesen Gründen möchten wir gern den Antrag nutzen, um uns in der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung intensiver mit dieser Problematik zu beschäftigen: Welche Regelwerke gibt es bereits? Können diese verbessert werden? Wie kommt das digitale Baustellenmanagement ins Spiel? Deswegen stimmen wir, wie meine Vorred-

nerin erwähnt hat, einer Überweisung an die zuständige Deputation zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Jahre wieder diskutieren wir in der einen oder anderen Variante über das Baustellenmanagement in dieser Stadt, das Chaos durch Baustellen und die ganze Staubproblematik. Frau Schiemann, Sie haben soweit in einem recht, Sie haben gesagt, die Dinge können sich verändern, aber ehrlicherweise: Ich höre die Worte wohl, doch allein mir fehlt der Glaube. Ich meine, das ist ja nicht erst seit zehn Tagen so oder seit einem Jahr, sondern wir haben im Grunde genommen seit 15 Jahren die Problematik, die sich jetzt verschärft hat.

Im Gegensatz zu Ihnen haben die Grünen ja noch einen ideologischen Hintergrund. Herr Saxe hat es gesagt, die wollen das einfach nicht. Ich will Ihnen jetzt nicht vorwerfen, dass das Ressort das Chaos mit Absicht macht. Ich glaube, es ist nur reines Unvermögen, es ist im Grunde genommen die fehlende technische Ausstattung, und das betrifft genau das Thema Digitalisierung, Herr Schumann. Es ist schon ein Unterschied, und so viel jünger als Sie bin ich jetzt auch nicht, um das noch zu verstehen. Neun Jahre – –.

(Zuruf Abgeordneter Schumann [SPD])

Sie sind also über 60? Dann bin ich doch um einiges jünger.

Das Problem ist, wir bekommen jedes Jahr in der Baudeputation eine Planung, in der steht, was gemacht werden soll und was beantragt worden ist. Jetzt ist es aber so, dass nicht nur Baustellen in der Infrastruktur behindernd sind, sondern auch Großveranstaltungen und dergleichen, Kanalarbeiten von hanseWasser oder Arbeiten von anderen Unternehmen, wie der swb oder der Telekom. Diese werden nicht eingespeist, und zwar weil – Sie haben eigentlich die Antwort schon gegeben – die Bauunternehmen und die Player in dieser Stadt es nicht immer genau koordinieren können und nicht zeitgerecht wissen, wann sie wie fertig sind. Da verzögert sich einmal etwas, oder da ist eine Gasleitung, auf die sie gerade treffen. Deswegen ist es umso wichtiger, sich wirklich tagesgenau darauf einzustellen, und das geht nur mit einer digitalen Plattform, auf die alle schauen können, auf der sich

alle informieren können, auf der die swb zum Beispiel über ihren Marathon in der Überseestadt informiert. Wann der Freimarkt stattfindet, ist ja relativ klar, der Weihnachtsmarkt beginnt eigentlich auch immer um den ersten Advent. Es ist genau das, es gibt viele solcher Ereignisse, und im Moment ist es noch so, dass mehr oder weniger mit Karteikarten gearbeitet wird. Zudem ist natürlich die Koordinierungsstelle völlig unterbesetzt, und deswegen passieren solche Sachen.

Dass Baustellen immer Ärger auslösen und behindern, das ist eine Abwägung, die wir in dieser Stadt immer gemeinsam treffen müssen. Es geht einfach nur darum, Baustellen und andere besondere Ereignisse wie Kanalarbeiten von hanseWasser, besser zu koordinieren, und deswegen brauchen wir diese Internetplattform.

Sie brauchen gar nicht so weit zu schauen, schauen Sie einfach nach Hamburg! Die haben das da alles schon, die arbeiten damit schon erfolgreich, und wenn man das noch mit den geobasierten Daten verknüpft, dann kann man das natürlich noch viel besser koordinieren. Unsere Idee der CDU war, dass man morgens aufsteht und entscheidet: Wie fahre ich am besten in die Stadt oder wohin auch immer, fahre ich mit der Regio-S-Bahn, mit der Straßenbahn oder mit dem Auto? Handwerker müssen dann mit dem Auto oder mit ihrem Kleinbus in die Stadt fahren, und dann können sie schauen: Muss ich jetzt losfahren, oder ist es nicht besser – anhand geobasierter Daten kann man das erkennen –, eine halbe Stunde später loszufahren? So kann man die Verkehrsflüsse im Grunde viel besser koordinieren. Das ist die Idee, nur muss man es auch erst einmal verstehen, um es umzusetzen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir werden zum Ende der Wahlperiode auch wieder darüber diskutieren, dass aus dieser Behörde nichts gekommen ist, dass nichts passiert ist. Wir werden es als Opposition wieder massiv monieren, Sie werden dann wieder sagen, warum es nicht passiert ist, aber dass Sie das alles nach der Wahl besser machen wollen. So war es letztes Mal, so war es vorletztes Mal, und leider, mit der SPD in der Regierungsspitze, wird es wahrscheinlich die nächsten Jahre immer noch so bleiben. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt will ich dann doch die Gelegenheit nutzen, weil mir ein Aspekt, den ich eben nicht unterbringen konnte, noch wichtig ist. Also, erst einmal ist es natürlich Unfug, dass es seit 15 Jahren diese überproportionale Staubbelastung in Bremen gibt. Heiko Strohmann, wenn Sie in den TomTom-Stauindex hineinsehen, dann werden Sie feststellen, dass wir bis 2017 in Bremen im Vergleich sehr gute Werte gehabt haben. Deswegen ist diese Behauptung natürlich Unsinn, aber ich nehme immerhin mit, dass die SPD dann auch daran schuld ist und nicht wir. Das hat mich jetzt ehrlich gesagt ein bisschen belustigt. Natürlich wird es die Stauproblematik weiter geben, wo viel gebaut wird, wird es weiter Staus geben, deswegen haben wir immer Anlass, am Ende und am Anfang der Legislaturperiode und mittendrin darüber zu reden.

Das mit Hamburg hat mich jetzt sehr belustigt. Dass ich durchaus auch ein Herz für Gewerbetreibende habe, das wird jeder nachvollziehen können, weil ich selbst einer bin. Ich habe auch ein Geschäft in Hamburg, und ich muss sagen, die können da ja eine geodatenbasierte Steuerung haben, aber Hamburg ist eine Katastrophe im Vergleich zu dem, was wir hier in Bremen haben! Das liegt auch daran, dass wir hier nun einmal einen so hohen Anteil der Verkehrsträger des Umweltverbundes haben.

Ich wollte eine Sache noch erwähnen, die mich nervt und von der ich glaube, dass wir uns dem Thema einmal widmen müssen: Es gibt diese unterschiedlichen Zuständigkeiten bei der Baustelleneinrichtung zwischen dem Amt für Straßen und Verkehr und der Polizei, und das finde ich unglücklich, wenn es quasi schon Strukturen gibt, die dieses Baustellenmanagement zwei unterschiedlichen Trägern zuweisen. Ich glaube, wir sollten alle miteinander noch einmal darüber reden, ob es da nicht eine bessere Struktur gibt. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächste Rednerin hat Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer das Wort.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keiner kann Interesse an Staus haben, und wir wollen das Baustellenmanagement verbessern. Ich sage das auch einmal in die Richtung der AfD, weil es von dort hieß, Baustellen seien klimahysterische Erziehungsmaßnahmen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhler [FDP])

Gerade aus Klimasicht machen Staus überhaupt keinen Sinn, weil Autos, die nur im Stop-and-go unterwegs sind, sehr viel mehr CO<sub>2</sub> emittieren. Das kann man also nun wirklich zurückweisen.

Herr Strohmann, vor 15 Jahren gab es, glaube ich, einen CDU-Verkehrssenator. Wenn Sie so lange zurückblicken wollen, wäre es schön, wenn man das auch einmal erwähnen würde. Es ist richtig, dass es im Verlauf der letzten Jahre – und Herr Saxe ist darauf eingegangen – einen Anstieg und somit mehr Baustellen gibt. Es ist richtig, dass wir im Jahr etwa 1 000 bis 1 200 Baustellen im Hauptverkehrsnetz Bremens haben, aber dann muss man auch sagen, dass diese Baustellen notwendig und erforderlich sind, um den unterschiedlichen und auch gestiegenen Mobilitätsansprüchen unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Ich stelle schon fest: Wie man es auch macht, man kann es nie richtig machen! Ich erinnere mich an Debatten in der Verkehrsdeputation, in denen es hieß: Wann wird denn endlich die A 270 saniert? Dann wurde die Baustelle eingerichtet, es wurde saniert, und kurz darauf hieß es in der Deputation: Wie lange wird es denn diese Baustelle noch geben, wie lange wird denn saniert? Es ist aber kein Bremer Problem.

Herr Strohmann, da Sie gerade auf Hamburg eingegangen sind: Ralph Saxe hatte es ja vorhin gesagt, Baustellen in Hamburg sind noch ein ganz anderes Problem, haben eine ganz andere Dimension als in Bremen. Viele von Ihnen waren ja in der letzten Woche am Montag beim Jahresempfang der Handelskammer, auf dem mein Kollege Herr Westhagemann, Verkehrssenator aus Hamburg, eine Rede gehalten hat, und worauf hat er hingewiesen? Dass es in Hamburg enorme Probleme mit Baustellen und Staus gibt. Jetzt hat man sich dort auch auf den Weg gemacht. Sie haben die digitalen Maßnahmen angesprochen, aber auch da gibt es natürlich Baustellen.

Wenn man die Verkehrsinfrastruktur instand halten will – und das wollen wir! –, dann geht das im Regelfall nur mit Einschränkungen der Straßenfläche. Zuletzt ist es so, dass auch die letzten 50 bis 60 Jahre eine gestiegene Beanspruchung unserer Infrastruktur mit sich gebracht haben, und deswegen gibt es einen größeren Handlungsbedarf. Man kann sich auf der einen Seite nicht ewig über einen Sanierungsstau beklagen, wenn man dann nicht auch Baustellen in Kauf nimmt.

Es gibt Hochbaumaßnahmen auf angrenzenden Grundstücken, und das hat zur Folge, dass oft auch Sperrungen von Gehwegen, Radwegen, aber auch Fahrbahnen vorgenommen werden müssen. Auf einige Beispiele ist vorhin schon eingegangen worden, und das sind zum Teil auch Gewerbetreibende. Gewerbetreibende leiden darunter, wenn es vor ihren Geschäften Baustellen gibt, aber es gibt auch Wirtschaftsunternehmen und Gewerbetreibende, die Baustellen verursachen, weil sie ebenfalls bauen. Nehmen wir einmal die Baumaßnahme von Kühne + Nagel an der Martinstraße: Seit Anfang des Jahres 2017 besteht die Baumaßnahme. Auch die Sanierung der Hauptverwaltung der GEWOBA am Breitenweg: Aufgrund dieser Baustelle haben wir seit dem letzten Jahr eine einspurige Verkehrsführung für den Autoverkehr in Richtung Rembertikreisel, da nämlich nur so – und das sind auch Verkehrsteilnehmer – die Fußgänger sicher und direkt geführt werden können.

Es gibt auch Maßnahmen von anderen privaten Investoren, zum Beispiel in der Überseestadt, am Hansator, die sowohl für Autofahrer als auch für den Fuß- und Radverkehr zu erheblichen Einschränkungen führen. Es gibt die Baumaßnahmen am Wall, das abgebrannte Kaufhaus, das neu gebaut wird, dort gab es Sperrungen, und auch das Vorhaben am Bahnhofsvorplatz, das City Gate, hat zu Einschränkungen geführt.

Ich glaube, wir sind uns hier alle einig: Wir brauchen alle diese Investitionen. Wir wollen, dass Bremen eine wachsende Stadt ist, dass sie sich entwickelt, dass sie auch lebendig ist. Wenn man etwas umgestaltet, dann bedeutet das auch eine Bauaktivität, und die kann zu Einschränkungen führen, das ist unvermeidbar. Deswegen müssen wir schauen, wie wir optimal mit den Belastungen durch Baumaßnahmen umgehen können.

Es ist klar, bei jeder dieser Maßnahmen muss es umfangreiche Abstimmungen geben. Ich sage Ihnen, ich habe ein großes Interesse daran, dass wir das Baustellenmanagement optimieren. Wir brauchen eine optimierte Baustellenkoordination, wir brauchen auch eine Digitalisierung in dem Bereich. Wir brauchen aber auch eine Verbindlichkeit, das heißt, wer eine Baustelle anmeldet und sie einrichtet, der muss dann auch zeitnah mit den Baumaßnahmen anfangen, meine Damen und Herren!

Jetzt gibt es natürlich schon ein Verfahren im Mobilitätsressort, und das Verfahren verschafft einen Überblick über die geplanten Maßnahmen des kommenden Jahres. Darauf ist Herr Strohmann

eingegangen. Da kann man frühzeitig in die terminliche und inhaltliche Abstimmung gehen, und wenn man von diesen Baustellen schon am Anfang des Jahres weiß, kann man natürlich auch alle Konfliktbereiche frühzeitig erkennen und die Bauherren zusammenbringen.

Meine Damen und Herren, ich finde, das reicht aber nicht, weil im Laufe des Jahres natürlich auch neue Baustellen hinzukommen – wir haben mehrere Träger, die Baustellen durchführen –, neue Bedürfnisse oder auch ein Wasserrohrbruch hinzukommen oder eine Leitungsfrage geklärt werden muss. Meine Idee ist, dass es eine regelmäßige Plattform gibt, mehrmals im Jahr, mit den Akteuren, also ASV, mit der swb, BSAG, hanseWasser, auch mit den Betroffenen wie der Handwerkskammer, der Handelskammer, den Spediteuren. Wir müssen hier schauen, ob man das einmal im Monat braucht, ob einmal im Quartal, aber es reicht nicht, das am Anfang des Jahres zu machen, sondern wir brauchen den regelmäßigen Austausch, um es besser zu koordinieren. Wir werden auch noch eine Großbaustelle bekommen, wenn die Fernwärmeleitung von der Müllverbrennungsanlage bis Hastedt gebaut wird, das wird eine große Koordinierungsaufgabe werden, und das wollen wir deutlich verbessern.

Die Personalsituation im Verkehrsressort ist angesprochen worden: Ja, sie muss deutlich verbessert werden, zurzeit befinden sich deswegen auch zwei Stellen im Besetzungsverfahren.

Zum Bereich Digitalisierung: Da gibt es mehrere Bausteine. Zum einen erarbeiten wir aktuell einen Leitfaden sowohl zur Antragsstellung in Verbindung mit einer neuen Software als auch zur Absicherung von Baustellen und barrierefreien Gestaltung im Bereich von Gehwegen und Radwegen. Ziel ist es – und das sage ich auch in Richtung von Herrn Saxe –, bei Gehwegsperrungen die Fußgänger sicher und ohne Umweg barrierefrei über die Fahrbahn zu führen. Es geht nicht nur um Autofahrer, sondern auch um Fahrradfahrer und Fußgänger in dieser Stadt.

Zurzeit arbeiten wir auch an der Einführung einer neuen Software, die internetbasiert als geografisches Informationssystem den Antragstellern bereits bei Antragstellung einen Überblick verschafft, inwieweit andere Vorhabenträger zur selben Zeit am selben Ort bauen wollen. Dadurch können direkte Konflikte bereits vor der Antragstellung erkannt und in Abstimmungsgesprächen mit den Baurägern Vereinbarungen getroffen werden.

Es ist aus meiner Sicht auch wichtig, dass wir Transparenz schaffen, dass wir für alle Beteiligten effizienter sind, und wir wollen auch die Einflussnahme der Antragsteller und die Selbstverantwortung stärken. Die Verbindlichkeit habe ich schon angesprochen. Es muss aber auch eine verbesserte Informationsmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger geben, um mit wenigen Klicks zu erkennen – und das ist das Beispiel aus Hamburg, das wollen wir uns zum Vorbild nehmen! –, inwieweit man von Baustellen betroffen sein könnte und wie man seine Fahrtroute anpassen oder wie auch die Wahl eines anderen Verkehrsmittels helfen könnte, das finde ich auch wichtig zu erwähnen! Manchmal ist man mit dem Fahrrad doch schneller als mit dem Auto, wenn man im Stau steht, und wir sind eine Fahrradstadt, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist auch ein Grund, warum die Situation in Bremen etwas entspannter ist als in anderen Großstädten, weil hier nämlich ein Viertel der Bremerinnen und Bremer jeden Tag das Fahrrad als Hauptverkehrsmittel nutzen. Es wurde vorhin gesagt, je mehr Autos auf den Straßen sind, desto höher ist natürlich das Risiko von Staus, und deswegen ist es auch unser Ziel, dass wir Autos vermehrt aus der Stadt heraushalten wollen.

Es muss allen klar sein – und das betone ich hier auch noch einmal! –, dass Baustellen trotz alledem in einer wachsenden Großstadt zum Alltag gehören. Auch unsere laufenden Systemoptimierungen werden die eine oder andere Einschränkung durch Baustellen nicht verhindern können.

Ich habe jetzt vernommen, der Antrag soll in die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung überwiesen werden. Wir werden unsere Vorstellungen für die Deputation aufbereiten, Ihnen vorlegen, und dann können wir dort sehr gern gemeinsam diskutieren, wie wir die Situation in Bremen verbessern und ein verbessertes Baustellenmanagement verwirklichen können. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Ich hatte gestern noch einmal als Antwort eine zweite Rede vorbereitet, aber die hat sich

gerade erledigt, und ich werde jetzt auf das antworten, was gerade gesagt wurde. Herr Saxe – –.

(Abgeordnete Aulepp [SPD]: Man lernt nie aus!)

Richtig, absolut, improvisieren! Ich kann das ganz und gar nachvollziehen, so wie Sie wahrscheinlich die Fahrradfahrer etwas stärker im Blick haben, haben wir wahrscheinlich die Autofahrer etwas stärker im Blick. Ich glaube, am Ende müssen wir schauen, dass wir uns in der Mitte treffen und dafür sorgen, dass wir ein gesamtheitliches Konzept für alle Verkehrsteilnehmer haben, aber gerade nicht nur für Fahrradfahrer, sondern auch für Autofahrer.

(Beifall FDP)

Autofahrer gehören in Bremen dazu. Auch ich freue mich, wenn ich zu Fuß durch eine Innenstadt laufen kann und dort nicht im Stau stehe oder große Blechkolonnen vor mir habe. Wir müssen aber auch die Lebensrealitäten der Menschen betrachten, und dazu gehört es auch bei vielen, dass sie im Moment ein Auto schlichtweg noch benötigen.

(Beifall FDP)

Uns geht es letztendlich darum, die Menschen und auch insbesondere die Gewerbetreibenden – das ist ja schon richtig herausgearbeitet worden – nicht im Stich zu lassen. Das sind Menschen, die oft Kredite aufgenommen haben, um sich selbstständig zu machen. Sie geraten durch eine fehlende Baustellenkoordination häufig in existenzbedrohliche Situationen, und das wollen wir einfach vermeiden!

Zu dem Kollegen von der LINKEN muss ich sagen: Doch, genau diese Möglichkeiten bietet die Digitalisierung! Es gibt mittlerweile die Möglichkeit, sich auf einem zentralen Portal auszutauschen. Es gibt, wie ich in meiner Rede vorhin schon gesagt habe, durchaus die Möglichkeit, Baustellen- und Verkehrsflusssimulationen durchzuführen, um im Vorfeld schon zu sehen, wo es eng wird und wo sich Staus entwickeln werden. Ob das Hamburg jetzt besser macht als wir, weiß ich nicht. Welcher Verkehrssenator vor Jahrzehnten was wo beschlossen hat, ist mir relativ egal. Mir geht es um die Situation, die wir im Moment haben, um die Situation, die wir seit einigen Jahren haben, und mir geht es darum, dass wir dieses Problem gemeinsam lösen. Ich glaube, da kann ein zentrales Portal, das zur Koordination und zur Abstimmung bereitsteht, als erster Schritt gut helfen. Alle weiteren Schritte, die

wir angesprochen haben, werden sicherlich Zukunftsmusik sein, aber beispielsweise die Stau- und Verkehrsflusssimulationen sind durchaus Instrumente, die anderen Städte schon nutzen. Ich denke, da können wir auch von anderen Städten lernen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

**Präsident Imhoff:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur weiteren Beratung und Berichterstattung in die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung beantragt.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

**Einsetzung des Ausschusses für die  
Angelegenheiten der stadtbremischen Häfen  
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die  
Grünen und DIE LINKE  
vom 26. August 2019  
(Drucksache [20/20 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [20/20 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss noch all diejenigen, die heute ihre Jungferrede gehalten haben, herzlich gratulieren! Ich freue mich, dass wir es heute so diszipliniert geschafft haben. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und freue mich auf den morgigen Tag mit Ihnen. Auf Wiedersehen!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 16:49 Uhr)

## Anhang zum Plenarprotokoll

### Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 27. August 2019

#### Anfrage 10: Attraktive Traditionsveranstaltung oder Flohmarkt an der Weserpromenade?

Wir fragen den Senat:

Welche Veranstaltungsform empfiehlt das vom Senator für Wirtschaft und Häfen im Mai 2019 von der kommunalen M3B GmbH eingeforderte Konzept für die Durchführung des Loggermarktes im September 2019?

In welcher Form wird der Vegesacker Loggermarkt im September 2019 tatsächlich stattfinden?

Entspricht diese Form der in der Norddeutschen berichteten Anweisung des Senators für Wirtschaft und Häfen, dass der Loggermarkt in Vegesack im September 2019 als attraktive Traditionsveranstaltung auf der Maritimen Meile stattfinden soll?

Frau Neumeyer, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU

#### Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Gegenüber der M3B wurde im Mai 2019 durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen angeordnet, den Vegesacker Loggermarkt weiterhin „im traditionellen Sinne“ durchzuführen.

Wie auch bei anderen Veranstaltungen regelmäßig üblich ist vorgesehen, gemeinsam mit der M3B, das bisherige Konzept des Loggermarktes zu überprüfen und gegebenenfalls an künftige Anforderungen anzupassen.

Dabei gilt als Grundsatz, dass der Loggermarkt insbesondere für Vegesack und Bremen Nord eine wichtige Traditionsveranstaltung ist und keinesfalls eingestellt werden sollte.

Zu Frage zwei: Die M3B hat für den 15. September 2019 beantragt, den Loggermarkt in Vegesack an der Weserpromenade, dem Hafenvald und der Hafenvordzone „Utkiek“ mit einer bunten Mischung an Teilnehmern durchzuführen.

Der Loggermarkt wird im September 2019 daher wie in den vergangenen Jahren als maritimer Bummel mit Flohmarkt auf der Maritimen Meile stattfinden.

Zu Frage drei: Der für September 2019 geplante Loggermarkt entspricht der Anweisung des Wirtschaftsressorts. Seit über 30 Jahren ist der Vegesacker Loggermarkt in der bisherigen Aufstellung auch eine über den Bremer Norden hinaus beliebte Traditionsveranstaltung, deren Weiterführung vom Wirtschaftsressort nicht in Frage gestellt worden ist.

#### Anfrage 11: Landesmindestlohn auch in den Bereichen Ambulante Pädagogische Hilfen und Kita-Assistenz der Lebenshilfe Bremen gemeinnützige Betreuungsgesellschaft mbH?

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den Umstand, dass die Lebenshilfe Bremen gemeinnützige Betreuungsgesellschaft mbH sich mit Verweis auf bestehende Verträge mit der Stadt Bremen derzeit nicht in der Lage sieht, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Bereichen Ambulante Pädagogische Hilfen und Kita-Assistenz den gesetzlich angehobenen Landesmindestlohn zu bezahlen?

Zweitens: Welche Planungen verfolgt der Senat, um sicherzustellen, dass auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bereiche Ambulante Pädagogische Hilfen und Kita-Assistenz den neuen Landesmindestlohn beziehen und zu wann wird dies umgesetzt sein?

Drittens: Inwieweit und in welchem Umfang trifft dies auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Gesellschaften und Träger?

Frau Dr. Eschen, Fecker, Frau Dr. Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport schließt mit den Leistungserbringern entgeltfinanzierter Sozialleistungen Verträge auf Grundlage partnerschaftlicher Verhandlungen ab. Hierbei wird das Leistungserbringerrecht in allen Rechtskreisen so interpretiert und angewendet, dass tariflich

basierte, gezahlte Vergütungen an die Mitarbeitenden prinzipiell vollumfänglich berücksichtigt werden. Dies gilt natürlich auch für den Landesmindestlohn. Zeigen die Leistungserbringer in den Entgeltverhandlungen entsprechende Kosten an, werden diese vollumfänglich berücksichtigt. So wurden vor Verabschiedung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes im Frühjahr 2019 Entgeltverträge geschlossen, die vorsehen, dass die Entgelte auch innerhalb der Mindestlaufzeit durch die Berücksichtigung des bremischen Landesmindestlohns noch angepasst werden können. Vertragsrechtliche Verbindlichkeit zur Umsetzung des bremischen Landesmindestlohns entsteht im Rechtskreis des SGB XII. Im Landesrahmenvertrag SGB XII wurde unter § 13 Absatz 7 eine entsprechende Klausel im November 2012 aufgenommen: „Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Vereinbarung leistungsgerechter Vergütungen die Bestimmungen des Mindestlohngesetzes für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz) vom 17. Juli 2012 strikt zu beachten.“

Vor diesem Hintergrund kommt der Senat zu der Auffassung, dass der in der Frage postulierte Sachverhalt nur aus einem veralteten Entgeltvertrag resultieren kann. Beim Neuabschluss von Vereinbarungen wird dies berücksichtigt.

Zu Frage zwei: Der Senat wird die Umsetzung des bremischen Landesmindestlohns umfassend sicherstellen, indem die Entgeltvereinbarungen weiter aktualisiert sowie zukünftig Klauseln zur Einhaltung des Landesmindestlohngesetzes flächendeckend in den Entgeltverträgen aufgenommen werden. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport unterbreitet der Lebenshilfe innerhalb der nächsten zwei Wochen ein entsprechendes Angebot.

Zu Frage drei: Generell ist festzustellen, dass der Landesmindestlohn nur in wenigen Bereichen hier Relevanz erlangt, da beispielsweise selbst Hilfskräfte nach TV-L EG 2 und EG 3 eingruppiert und damit oberhalb des bremischen Landesmindestlohns vergütet werden.

#### **Anfrage 12: Belastung der Ochtum mit Perfluor-Octan-Sulfon-Säure (PFOS)**

Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Auswirkungen hat die Belastung der Ochtum mit PFOS auf die örtlichen

Angler und den Sportfischerverein Bremen-Stuhr e. V.?

Zweitens: Welche Auswirkung hat die PFOS-Belastung der Ochtum auf die umliegenden Kleingärten und deren Bewässerung?

Drittens: Welche kurzfristigen Maßnahmen ergreift der Senat, um die PFOS-Belastung der Ochtum zu beheben und die Bodensanierung voranzubringen, um weitere negative Auswirkungen auf den Wasserkreislauf auszuschließen?

Dr. Buhlert, Schäck, Frau Steiner und Fraktion der FDP

#### **Antwort des Senats:**

Zu Frage eins: Die Ochtum fließt in Teilen sowohl in Bremen als auch in Niedersachsen. Insofern sind von der PFOS-Belastung bremische wie niedersächsische Anglerinnen Angler und Angelvereine betroffen. Grundsätzlich bedeutet die Verzehrempfehlung für Fische aus der Ochtum und ihrer Nebengewässer zwar kein Angelverbot. Nichtsdestotrotz führt die Verzehrempfehlung und die damit verbundene Warnung vor gesundheitsgefährdenden Stoffen in Fangfischen zu einer wesentlichen Verunsicherung der Angler. Welche Auswirkungen dies insgesamt auf das Angelverhalten und/oder die Mitgliederentwicklung in den Vereinen hat, bleibt abzuwarten, da die Hauptsaison im Angelsport erst mit Ende der Sommerferien beginnt.

Zu Frage zwei: Die Untersuchungsergebnisse der beprobten Oberflächengewässer zeigen, dass auch die von der Grollander Ochtum gespeisten Seitengraben eine erhöhte PFOS Konzentration aufweisen, auch wenn diese niedriger sind als in der Grollander Ochtum selbst. Daher wurden im Mai 2019 die Haushalte im Bereich der Siedlungen Grolland I und Grolland Süd sowie die Kleingartenvereine Langeoog e. V., Helgoland-Westerland e. V., Gute Frucht e. V., Ochtum-Warfeld e. V., Am Reedeich e. V. und Auf den Ruten e. V. darüber informiert, dass auf die Nutzung des Grabenwassers zum Schutz der Böden vollständig verzichtet werden sollte.

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen keine Hinweise dafür vor, dass der Verzehr von Obst und Gemüse aus den betroffenen Gebieten ein akutes gesundheitliches Risiko darstellt. Um festzustel-

len, ob in den betroffenen Gebieten eine Belastung vorhanden ist, bereitet die Gesundheitsbehörde aktuell eine stichprobenartige Untersuchung von Obst und Gemüse der Saison 2019 vor. Da Grenzwerte zur Beurteilung von Lebensmitteln fehlen, ist nach Vorlage der Ergebnisse eine umfangreiche toxikologische Bewertung notwendig.

Nach den Untersuchungsergebnissen für das Grundwasser kann in den Gebieten westlich der Grollander Ochtum das Grundwasser zur Bewässerung der Gärten genutzt werden. Für die Gebiete östlich der Grollander Ochtum wird mittels weiterer Beprobungen untersucht, ob eine Bewässerung der Gärten auch hier über das Grundwasser erfolgen kann.

Zu Frage drei: Nachdem die Schadensquellen am Flughafen weitgehend eingegrenzt und mögliche Sanierungsvarianten gutachterlich geprüft sind, befindet sich gegenwärtig eine Sanierungsanordnung für die hydraulische Sanierung des „Bereichs Feuerwehrübungsplatz“ in der Endabstimmung. Die Sanierung soll Ende Au-

gust 2019 angeordnet werden. Ergänzende Anordnungen werden nach Klärung der Erfordernisse und der technischen Machbarkeit folgen.

Zusätzlich wurden durch den Deichverband am linken Weserufer das Wassermanagement so verändert, dass soweit möglich kein mit PFOS belastetes Wasser in die Seitengräben gelangt. Zudem wurde der Flughafen aufgefordert, eine Machbarkeitsuntersuchung durchzuführen, wie aktuell anfallendes Überlaufwasser aus dem Grünlandgebiet südlich des Flughafens, welches bisher noch in das Entwässerungssystem des Flughafens gelangt, schadlos abgeleitet werden kann.

Bis zum Ende des Jahres wird der Flughafen auch ein Konzept vorlegen, wie das anfallende belastete Drainagewasser behandelt werden kann, um einen weiteren Eintrag von PFOS in die Grollander Ochtum zu minimieren.

**Anfrage 13: wurde zurückgezogen**